Zeitschrift der Bundes-Arbeitsgemeinschaft
der Kommunalen IT-Dienstleister e. V.

VITAKO AKTUELL

vitako.de

01|2024

VERWALTUNG DER ZUKUNFT

GEMEINSAM MEHR ERREICHEN!

DR. MARKUS RICHTER, STAATSSEKRETÄR UND CIO BUND
DIE DIGITALE VERWALTUNG IM JAHR 2030

ALEXANDER HANDSCHUH, DSTGB
DEUTSCHLAND BRAUCHT EINEN MARKT FÜR VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG

MAIK AUSSENDORF, MDB
RECHENZENTREN MÜSSEN EFFIZIENTER WERDEN

IHR STARKER PARTNER: MIT BECHTLE IN DIE DIGITALE ZUKUNFT

Flexible Arbeitsumgebungen, digitale Services ohne Medienbrüche, sichere Infrastrukturen und intelligente Städte – öffentliche Auftraggeber stehen vor vielen Herausforderungen.
Bechtle unterstützt Sie als verlässlicher Partner dabei, Ihre ganzheitliche Digitalisierungsstrategie von Grund auf optimal aufzustellen und Ihre individuellen Lösungen Schritt für Schritt umzusetzen – für eine zukunftsstarke Verwaltung.

Sprechen Sie uns an: provitako.dortmund@bechtle.com | +49 231 725489 17

bechtle.com

Ihr starker IT-Partner.
Heute und morgen.

BECHTLE

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

mit dieser VITAKO aktuell wollen wir aufzeigen, in welche Richtung sich die Verwaltung der Zukunft entwickeln wird. Wie die Menschen davon profitieren – und wie wir die Ziele erreichen werden.

Was ist konkret zu tun? Dr. Rolf Beyer, Vorstandsvorsitzender von VITAKO, stellt im Leitartikel fünf Prinzipien für eine digitale Verwaltung dar. Dr. Markus Richter, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie CIO Bund, zeigt in seinem Gastbeitrag seine Vision einer digitalen Verwaltung mit plattformbasierten, vollautomatisierten Verfahren bis 2030 auf. Dafür notwendig: Die BundID zum zentralen Nutzerkonto für Bürgerinnen und Bürger machen, Register vernetzen und EU-weit das Once-Only-Prinzip einführen.

Alexander Handschuh, Beigeordneter für Kommunikation und Digitalisierung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB), fordert in seinem Gastartikel, die Verwaltungsdigitalisierung neu zu denken. Die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft sei – auf Basis verbindlich geregelter Standards – dringend zu intensivieren. Zudem werfen wir in der Reportage einen Blick nach Baden-Württemberg: An welchen Innovationen arbeitet die Stadt Heilbronn – die sich zum Mekka der KI-Szene aufschwingen will – gemeinsam mit Partnern wie dem kommunalen IT-Dienstleister Komm.ONE?

Im Interview berichtet der Bundestagsabgeordnete Maik Außendorf von Bündnis 90/Die Grünen von seinen Eindrücken nach dem Besuch im Rechenzentrum der regio iT. Sein Plädoyer: Die digitale Verwaltung muss noch deutlich nachhaltiger werden – effiziente Rechenzentren sind dafür unabdingbar. Ein weiteres Thema im Heft lautet Cybersicherheit. Für die VITAKO ist klar: Angesichts steigender Gefahrenlage muss die kommunale IT endlich als Kritische Infrastruktur klassifiziert und unterstützt werden. Der Schritt ist überfällig.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Titelbild sagen. Die Reise in ferne Galaxien war schon zu Zeiten des Raumschiffes Enterprise von Teamgeist, Optimismus und Abenteuerdrang geprägt. Eigenschaften, die uns auch auf unserer Reise zur Verwaltung der Zukunft tragen werden – lassen Sie uns starten!

Ihre

Katrin Giebel ist Geschäftsstellenleiterin bei VITAKO.

SCHWERPUNKT: VERWALTUNG DER ZUKUNFT

6 LEITARTIKEL
FÜNF PRINZIPIEN JETZT ANGEHEN!
Die digitale Verwaltung muss entschlossen vorangetrieben werden. Welche fünf Prinzipien jetzt umgesetzt werden müssen, erläutert Dr. Rolf Beyer im Leitartikel.

8 PERSPEKTIVE
DIE DIGITALE VERWALTUNG IM JAHR 2030
In sechs Jahren arbeitet die Verwaltung bundesweit digital – so die Vision von Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat und CIO Bund Dr. Markus Richter. Welche Weichen der Bund dafür heute bereits stellt, erläutert er in seinem Gastbeitrag.

10 REPORTAGE
INNOVATIONSKRAFT VORAUS!
Die Verwaltung der Zukunft braucht Innovationen. Welche gibt es? Und wie kommen sie in die Verwaltung? Ein kommunaler IT-Dienstleister und die Kommune Heilbronn geben Einblicke.

16 PERSPEKTIVE
DEUTSCHLAND BRAUCHT EINEN MARKT FÜR VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG
Die deutsche Verwaltungsdigitalisierung fällt im internationalen Vergleich zurück. Damit eine Kehrtwende gelingt, müssen Kommunen ihre Zusammenarbeit mit Unternehmen stärken, fordert Alexander Handschuh, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

19 INTERVIEW
DIE VERWALTUNG DER ZUKUNFT ERFORDERT MUT ZUR INNOVATION!
In der digitalen Verwaltung können Mitarbeitende sich neuen Aufgaben widmen – und Stadtgesellschaft gestalten und fördern. Welche Schritte dafür notwendig sind, erklärt Prof. Dr. Jeanette Hofmann vom Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft.

22 CYBERSICHERHEIT
KOMMUNALE IT ENDLICH ALS KRITIS EINSTUFEN
Die Zahl der Cyberangriffe auf deutsche Kommunen wächst – ihre Sicherheit muss dringend priorisiert werden. VITAKO fordert, die kommunale IT jetzt als KRITIS einzustufen, und zeigt wesentliche Vorteile.

24 NACHHALTIGE IT
„RECHENZENTREN MÜSSEN EFFIZIENTER WERDEN."
Die digitale Verwaltung muss nachhaltiger werden. Maik Außendorf, MdB von Bündnis 90/Die Grünen, hat ein energieeffizientes Rechenzentrum der regio iT besucht und schildert seine Eindrücke.

26 KOMMUNE DER ZUKUNFT
DIGITAL KUVERTIEREN – AUFWAND UND KOSTEN SPAREN
Verwaltungen müssen viele Schreiben weiter postalisch versenden. Die LWL.IT Service Abteilung hat einen Weg gefunden, den Prozess zu digitalisieren und deutlich effizienter zu gestalten.

27 EURITAS
EUROPAS IT-DIENSTLEISTER ZU KI
KI birgt für die Verwaltungsdigitalisierung enorme Potenziale, aber auch Herausforderungen. Euritas hat ein gemeinsames Positionspapier entwickelt und fordert EU-weit harmonisierte Rahmenbedingungen.

28 GOVDIGITAL
GROSSE SPRACHMODELLE FÜR ÖFFENTLICHE IT-DIENSTLEISTER
KI ist in den Verwaltungen angekommen: Besonders Large Language Models wie Chat-GPT werden zunehmend genutzt. Govdigital hat erste Services entwickelt, die Mitgliedern den Einsatz erleichtern sollen.

29 PROVITAKO
PROVI-MARKTPLATZ: BESCHAFFUNGEN DIGITALISIEREN!
ProVitako will öffentliche IT-Beschaffung noch schneller und effizienter gestalten: Das Beschaffungssystem ProVi-Marktplatz geht jetzt digitalisiert als Webshop an den Start!

30 SPOTLIGHT
VITAKO ist Ansprechpartner für digitale Verwaltung. Die Experten für Verwaltungsdigitalisierung Daniel Grimm und Daniel Sieberath im Kurzporträt.

31 MELDUNGEN
VITAKO Frühjahrsempfang

32 UMFRAGE
Für die digitalisierte Verwaltung gibt es noch viel zu tun, bis 2030 werden wir aber einen großen Schritt weiter sein – so die Einschätzung der kommunalen IT-Dienstleister.

34 TERMINE

VERWALTUNG DER ZUKUNFT: FÜNF PRINZIPIEN JETZT ANGEHEN!

Deutschlands Verwaltung steht unter Druck. Unter den Behördenleiterinnen und -leitern halten knapp 50 Prozent den Staat für überfordert, so eine aktuelle Umfrage. Aber ich will nicht in Moll verfallen, ganz im Gegenteil: Krisenhafte Situationen bergen stets das Potenzial, Überkommenes abzuwerfen und neue Ansätze zu verfolgen. Das gilt auch für Verwaltungsprozesse als Kernbereich staatlicher Tätigkeit. Worauf es aus meiner Sicht ankommt: Die Digitalisierung endlich entschlossen voranzutreiben! Denn eine digitale Verwaltung ist eine funktionierende Verwaltung, die die Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern in den Mittelpunkt stellt sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden entlastet.

Was wir nun benötigen, ist ein gemeinsames, die föderalen Ebenen übergreifendes Leitbild. Wie soll die Verwaltung der Zukunft 2030 konkret aussehen? Und was ist zu tun, um sie Wirklichkeit werden zu lassen? VITAKO hat dazu fünf Prinzipien herausgearbeitet.

1. VON DER PRÄSENZ- ZUR ONLINEVERWALTUNG

Lassen Sie uns analoge Prozesse grundsätzlich hinterfragen – und digital umsetzen! 2030 sind alle Bürgerdienste internetbasiert und unabhängig von Endgeräten etabliert. Um das zu erreichen, wird die Verwaltung der Zukunft konsequent „Digital-by-Design" aufgebaut. Bürgerinnen und Bürger, die für die digitalen Angebote gegebenenfalls Hilfe benötigen, können auf Services mit niederschwelligen Einstiegsmöglichkeiten zugreifen.

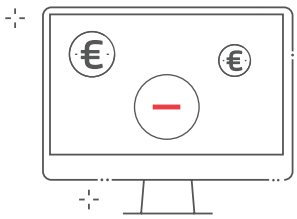
Aus technischer Sicht wird die Onlineverwaltung erstens auf Open-Source-Produkte abzielen. Die verpflichtende Nutzung ist gesetzlich verankert und forciert Innovationen und Wettbewerb. Zweitens basiert die Verwaltung auf einer souveränen nationalen Cloud-Landschaft: Herstellerabhängigkeiten werden minimiert, Resilienz und Souveränität auch durch „Security-by-Design"-Ansätze gestärkt.

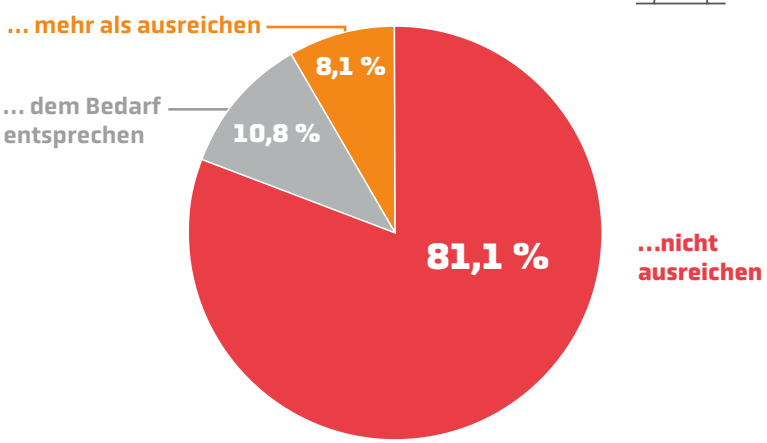
2. DATENSCHÄTZE NUTZEN

Die öffentliche Verwaltung verfügt über Milliarden von Daten, die allerdings nicht systematisch miteinander vernetzt sind.

FINANZIERUNG IN GEFAHR

Die Haushaltsmittel werden für die Digitalisierung der Kommunalverwaltungen bis 2030...

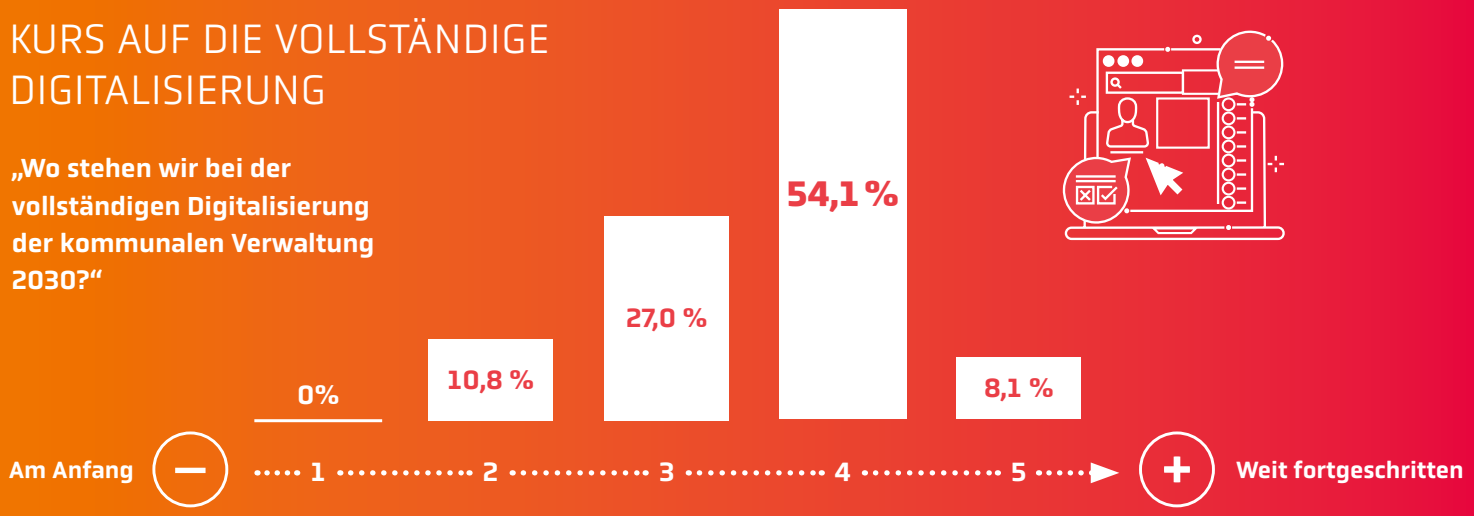




Quelle: Umfrage unter den VITAKO-Mitgliedern, Januar 2024

KURS AUF DIE VOLLSTÄNDIGE DIGITALISIERUNG

„Wo stehen wir bei der vollständigen Digitalisierung der kommunalen Verwaltung 2030?“



Quelle: Umfrage unter den VITAKO-Mitgliedern, Januar 2024

Anders in der Verwaltung der Zukunft: Dank vernetzter Register und State-of-the-art-Datenmanagementsystemen können die Verwaltungsmitarbeitenden alle relevanten Informationen – die gemäß dem Prinzip „once only“ nur einmalig durch die Bürgerinnen und Bürger übermittelt werden müssen – rechtskonform und sicher verarbeiten. Gleichzeitig handeln sie angebotsorientiert und gehen proaktiv auf Bürgerinnen und Bürger zu.

Das erfordert einen Kulturwandel innerhalb der Verwaltungen. Die Mitarbeitenden sind entsprechend zu schulen und müssen unterstützt werden. Ob es gelingt? Gewiss: Laut aktueller Studie der Hertie School Centre for Digital Governance wollen zwei Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen öfter neue Technologien und Anwendungen im Arbeitsalltag nutzen. Wir sollten diese Offenheit mit Leben füllen und die Verwaltung wirklich Ende-zu-Ende digitalisieren!

3. VERWALTUNGSPROZESSE AUTOMATISIEREN

Das skizzierte, proaktive Verwaltungshandeln klingt im ersten Moment nach Mehrarbeit. Das Gegenteil ist allerdings der Fall: Wenn wir Standardprozesse wie Kfz-Anmeldungen konsequent automatisieren – was aus technischer Sicht überhaupt kein Problem darstellt – entlasten wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen massiv. Damit eröffnen wir auch eine Lösung, wie die öffentliche Hand dem grassierenden Fachkräftemangel begegnen kann. Zudem bieten Künstliche Intelligenz (KI) und Machine-Learning-Funktionalitäten ungeahnte Möglichkeiten, um auch Ermessungsentscheidungen teilweise zu automatisieren. Klar ist allerdings: KI-Anwendungen brauchen eine ethische Grundlage. Ergebnisse müssen stets nachvollziehbar sein. Und die genutzten Daten sind DSGVO-konform zu behandeln.

4. VERBINDLICHKEIT SCHAFFEN

Deutschlandweit werden die Kommunen auf eine standardisierte Basisinfrastruktur und Basiskomponenten zurückgreifen. Spezifische Fachverfahren wiederum werden wettbewerbsoffen sowie nachnutzbar entwickelt und bieten eine umfassende Interoperabilität. Der Gesetzgeber spielt dabei eine wichtige Rolle: Per Rechtsverordnung muss er höchste Verbindlichkeit schaffen und Ziele und Verfahren bundesweit einheitlich definieren. Damit ist aber auch klar, dass insbesondere kleinere und finanzschwache Kommunen bei der Transformation konsequent zu unterstützen sind. Als VITAKO haben wir einen konkreten Finanzierungsansatz vorgelegt, der einen erfolgsorientierten Finanzierungsbeitrag vorsieht.

5. RESSOURCENSCHONEND ARBEITEN

Nachhaltige IT entwickelt sich von der Kür zur Pflicht. Kein Wunder, ist das Jahr 2023 doch als wärmstes Jahr in die Geschichte der Menschheit eingegangen. Besondere Bedeutung kommt dabei den Rechenzentren zu, die noch energieeffizienter arbeiten müssen. Auch die Auswahl von Infrastruktur-, Hard- und Softwarekomponenten muss stärker als bislang Nachhaltigkeitskriterien entsprechen. Gleichzeitig eröffnet die digitale Verwaltung enormes Potenzial, um beispielweise im Rahmen von Smart-City-Projekten Emissionen im Verkehrsbereich massiv zu senken. Dabei ist zu beachten: Nachhaltige IT kostet Geld – und muss durch spezifische Förderprogramme flankiert werden.

Lassen Sie uns gemeinsam anpacken, um die Verwaltung der Zukunft Wirklichkeit werden zu lassen. Bauen wir eine Verwaltung auf, die smart ist und die Bürgerinnen und Bürger optimal unterstützt.

Dr. Rolf Beyer ist Vorstandvorsitzender von VITAKO.

DIE DIGITALE VERWALTUNG IM JAHR 2030: MEINE VISION UND WELCHE WEICHEN WIR HEUTE DAFÜR STELLEN

Unser Land wird Stück für Stück moderner und digitaler. Daran arbeiten wir mit Hochdruck und haben im Bund schon sehr vieles erreicht. Alle wesentlichen Services des Bundes sind digital verfügbar. Wir haben mit dem Bundesportal eine der modernsten Plattformen geschaffen. Mit dem Online-Ausweis und der BundID bieten wir sichere, nutzerfreundliche Identifizierungsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger: Es gibt derzeit bereits 3,6 Millionen BundID-Konten, und die AusweisApp wurde schon über 16 Millionen Mal gedownloaded. Der Bund hat seine Verpflichtungen aus dem OZG erfüllt. Dennoch bleibt auf allen Ebenen des Staates noch viel zu tun. Digitalisierung bleibt eine Dauer- und Querschnittsaufgabe.

„Meine Vision ist es, dass wir 2030 bundesweit digital, mit plattformbasierten und vollautomatisierten Verfahren arbeiten."

LÖSUNGEN DURCH DIE KRAFT DER DIGITALISIERUNG

Staat und Verwaltung sehen sich aktuell vielen Herausforderungen gegenüber. Einigen können wir durch die Kraft der Digitalisierung gestärkt entgegentreten:

- Die Krisendichte wird auf absehbare Zeit nicht abnehmen. Eine Verwaltung, die auch im „Homeoffice-Modus" handlungsfähig bleibt, ist resilienter.
- Das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit des Staates sinkt. Nur wenn sie deutlich spüren kann, dass auch die Verwaltung moderner wird, bleibt der Staat glaubwürdig.
- Der Fachkräftemangel zeigt sich auch im öffentlichen Dienst. Wir stehen im Wettkampf um die klügsten Köpfe. Die Arbeit muss attraktiver und effizienter werden, sprich mehr automatisiert und digitalisiert.

Die Digitalisierung ist nicht nur ein Hebel, sie ist zudem eine echte Chance zur umfassenden Modernisierung. Wir müssen ihr mit höchster Priorität begegnen.

DIE VERWALTUNG DER ZUKUNFT

Wie genau stelle ich mir unsere Verwaltung in Zukunft vor? Meine Vision ist es, dass wir 2030 bundesweit digital, mit plattformbasierten und vollautomatisierten Verfahren arbeiten. Wir haben eine moderne Verwaltung, in der Leistungen von Bund und Ländern in qualitativ hochwertigen Prozessen online beantragt werden können, und die Bearbeitung im Back-End funktioniert vollständig digital. Das Bundesportal haben wir zur zentralen, offenen Digitalisierungsplattform weiterentwickelt, die unter anderem jederzeit transparent den Bearbeitungsstatus des jeweiligen Verfahrens liefert.

Die BundID ist 2030 deutschlandweit das zentrale Konto für die Nutzung und Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen, und die Online-Ausweisfunktion bildet eine essenzielle Grundlage für eine europaweit einsetzbare EUDi-Wallet. Vernetzte Register ermöglichen die antragslose Gewährung von staatlichen

Dr. Markus Richter ist Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik (CIO Bund).

Leistungen, wie die Gewährung von Kindergeld direkt bei Eintragung ins Geburtenregister. Zudem ist EU-weit für zahlreiche Leistungen das Once-Only-Prinzip eingeführt, sprich Bürgerinnen und Bürger müssen bei grenzüberschreitenden Verwaltungsangelegenheiten keine bereits vorliegenden Nachweise erneut hochladen.

Das alles findet in einem Plattform-Ökosystem statt, das durch eine interoperable und modulare IT-Rahmenarchitektur geschaffen wurde. Es wird jedem öffentlichen und privaten Anbieter ermöglichen, bundesweit kompatible Lösungen, Infrastrukturelemente und Basisdienste anzubieten und zu nutzen. Alle erforderlichen IT-Bausteine werden über einheitliche Schnittstellen und Standards ineinandergreifen. Für Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen und Sachbearbeitende bedeutet dies ein vertrauenswürdiges und medienbruchfreies Nutzungserlebnis sowie eine effizientere Vorgangsbearbeitung.

WIE WIR DAFÜR DIE WEICHEN STELLEN

Bereits seit Jahren gießen wir das Fundament, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Eine kleine Auswahl an aktuellen Maßnahmen: Mit dem OZG-Änderungsgesetz schaffen wir derzeit zentrale gesetzliche Voraussetzungen für nutzerfreundliche sowie vollständig digitale Verfahren. Dort wird unter anderem festgelegt, dass nach Ablauf von fünf Jahren unternehmensbezogene Verwaltungsleistungen ausschließlich elektronisch angeboten werden müssen, und dass die BundID zum deutschlandweit zentralen Nutzerkonto für Bürgerinnen und Bürger wird.

Seine Online-Anträge hat der Bund im Wesentlichen digitalisiert, diese werden noch komplettiert und verbessert. 2024 beginnen die Arbeiten zur Ende-zu-Ende-Digitalisierung. In der föderalen OZG-Umsetzung werden häufig nachgefragte Leistungen – sogenannte „Fokusleistungen" – bis Jahresende hochqualitativ in die Fläche gebracht. Das Zielbild der OZG-Rahmenarchitektur, das zum Plattform-Ökosystem führen soll, wird derzeit im Konsultationsprozess mit 120 Akteurinnen und Akteuren aus Privatwirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aufgesetzt.

Zudem finanziert der Bund weiterhin die wichtigsten Digitalisierungsvorhaben mit erheblichen Mitteln, auch in Zeiten einer angespannten Haushaltslage. Dazu wächst das Budget für Bund und Länder bei der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) in 2024 deutlich an.

NOCH SECHS JAHRE „TO GO"

Es bleiben uns noch sechs Jahre – ausreichend Zeit, um die Vision in die Tat umzusetzen. Ich bezweifle nicht, dass wir es schaffen. Wenn Bund, Länder und Kommunen der Digitalisierung oberste Priorität einräumen, können wir gemeinsam die Verwaltung erheblich modernisieren. Noch sechs Jahre „to go" – packen wir es an.

INNOVATIONSKRAFT VORAUS!

Für eine Verwaltung der Zukunft sind digitale Innovationen gefragt. Wie sehen die aus? Und wie gelangen neue Anwendungen in die Ämter? Ein Gespräch mit Andreas Majer, Centerleiter für Kommunalberatung und digitale Innovationen bei der Komm.ONE, und Thomas Laue, Digitalisierungsbeauftragter und Open-Data-Koordinator der Stadt Heilbronn.

„Wir sind es aus der freien Wirtschaft gewohnt, Leistungen 24/7 in Anspruch nehmen zu können. Beantrage ich am Sonntagnachmittag online eine neue Versicherung, habe ich Montagvormittag die Unterlagen im Postfach", sagt Andreas Majer. Die Verwaltung sei von dieser Geschwindigkeit noch weit entfernt – müsse sich aber an den Unternehmen ein Vorbild nehmen. „In zehn Jahren stelle ich mir ein komplett virtuelles Rathaus vor. Egal ob neuen Reisepass, Kindergeld oder Fahrzeugzulassung – in wenigen Klicks kann ich alles bequem von Sofa aus beantragen."

Automatisierung, bei der einfache, repetitive Verwaltungsaufgaben standardisiert von einer Software abgewickelt werden, spielt bei dieser Zukunftsperspektive eine überragende Rolle. Sie ermöglicht, deutlich schneller auf Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu reagieren und ihnen gewisse Services rund um die Uhr bieten zu können. Mindestens ebenso wichtig ist die Entlastung der Verwaltungsmitarbeitenden: Laut aktueller Umfrage der Hertie School Centre for Digital Governance gehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter davon aus, dass 38 Prozent ihrer täglichen Arbeit automatisiert werden könnte. Das schafft Zeit, die sie laut eigener Aussage für wichtigere Aufgaben nutzen wollen.

Zu den Vorreitern in Sachen Automatisierung zählt sich auch die Komm.ONE aus Stuttgart. Die IT-Dienstleisterin testet derzeit

„Wie soll die Verwaltung der Zukunft aussehen? Wie erreichen wir das Ziel? Der Diskurs kann gerne hart sein, mit einem Schmusekurs kommen wir nicht weiter."

Andreas Majer ist Centerleiter für Kommunalberatung und digitale Innovationen bei Komm.ONE.

Verfahren im Bereich Robotic Process Automation. Die Möglichkeiten für die Verwaltung sind vielfältig, Beispiel Führerschein-Umschreibung. Andreas Majer: „Die Anträge müssen handgeschrieben eingereicht und dann von Verwaltungsmitarbeitenden in IT-Verfahren übertragen werden. Das ist extrem aufwändig." Bei einem Landratsamt sammeln sich dadurch gut und gerne 10.000 Anträge zur Führerscheinumschreibung. Ein Softwareroboter könnte notwendige Vorarbeiten zukünftig automatisiert übernehmen.

VON DER IDEE ZUR ANWENDUNG

Die Initiative zur Robotic Process Automation kam aus der Komm.ONE-Belegschaft. Hintergrund: Seit September 2021 können die Mitarbeitenden neue Ideen in einer zentralen Software eintragen. Ein fachliches Gremium prüft diese, die Besten erhalten ein Budget zur Weiterentwicklung. Eine faszinierende Quelle für Neues: Mittlerweile sind rund 280 Vorschläge eingereicht worden, die Bandbreite reicht von kleineren Verbesserungen bis zu großen Innovationen wie etwa KI-gestützten Projekten.

Stichwort Künstliche Intelligenz (KI): Spätestens seit dem Siegeszug von ChatGPT im vergangenen Jahr haben insbesondere Large Language Models (LLMs) den Arbeitsalltag revolutioniert. Auch für die Verwaltungen tun sich damit ungeahnte Möglichkeiten auf. Die Mitarbeitenden können sich lange Gesetzestexte zusammenfassen oder Anschreiben entwerfen lassen und – in fernerer Zukunft – sogar KI-basierte Empfehlungen für den Entscheid über Bauanträge oder Sozialleistungen erhalten. Schon heute sagen rund 50 Prozent der Verwaltungsmitarbeitenden, dass KI neue Anwendungsmöglichkeiten eröffnet – nicht einmal jeder fünfte Mitarbeitende widerspricht dieser Aussage.

So schön die neue Welt scheint: Im KI-Licht gewinnen Fragen rund um Letztentscheidung und Datenschutz massiv an Bedeutung. Wer garantiert, dass die zugrundeliegenden Algorithmen erstens die „richtigen" Ergebnisse produzieren und zweitens keine diskriminierende Schlagseite aufweisen? Bekanntermaßen wird das Thema insbesondere von US-Konzernen vorangetrieben. Wo werden dann die Daten gespeichert und wie steht es um die DSGVO-Vorgaben? Fragen, die auch Andreas Majer beschäftigen: „Gerade bei KI müssen wir hohe Standards bei Ethik und Datensicherheit gewährleisten – sonst droht der Kontrollverlust." Entsprechend arbeitet die Komm.ONE derzeit an einer KI-Governance-Strategie und treibt zugleich die Programmierung von KI-basierten Services voran. Andreas Majer: „KI wird den Menschen nie substituieren, sondern unterstützen. Daran arbeiten wir." Das sei gut für die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Mitarbeitenden und stärke zudem die digitale Souveränität. Majer: „Wir dürfen auf keinen Fall in Abhängigkeit von nichteuropäischen Konzernen geraten."

„KI ist keine Zukunftsmusik, sondern Gegenwartsthema. Die Technologie ist längst im Alltag angekommen."

Thomas Laue ist Digitalisierungsbeauftragter und Open-Data-Koordinator der Stadt Heilbronn.

ZUKUNFTSKOMMUNE HEILBRONN

Sprung nach Heilbronn. Die Stadt entwickelt sich zum KI-Mekka. Mit dem Innovationspark Künstliche Intelligenz – kurz Ipai – entsteht auf rund 23 Hektar ein Forschungs- und Entwicklungszentrum für KI, das europaweit Furore macht. Zahlreiche Hochschulen von der Coderschmiede 42 Heilbronn über die Hochschule Heilbronn (HHN) bis zur Technischen Universität München (TUM) – die hier über 30 Lehrstühle aufgebaut hat – expandieren massiv und ziehen Studierende aus aller Welt an.

Das prägt auch die Stadtverwaltung. So beschloss Heilbronn vor fünf Jahren als eine der ersten Kommunen in Baden-Württemberg eine Digitalstrategie mit Blick auf 2030. Gleichzeitig wird ein eigener Verwaltungsbereich aufgebaut, der sich ausschließlich dem Thema Digitalisierung widmet. Der Digitalisierungsbeauftragte Thomas Laue: „Unser Ziel ist es, den Drive der Stadtgesellschaft auch in die Behörden zu bekommen. Wir profitieren enorm von dieser starken Community in Heilbronn und suchen den Austausch, um gemeinsam Projekte voranzutreiben."

DIGITALER POSTEINGANG

Das gilt auch für KI-Projekte. So entwickelt die Kommune mit einem lokalen Partner derzeit einen digitalen Posteingang. Das System scannt eingehende Briefe ein und sendet sie digital weiter. Der Clou: Der digitale Posteingang analysiert die Texte und erkennt aus dem Kontext des jeweiligen Schreibens die zuständige Verwaltungsbehörde – auch, wenn diese nicht ausdrücklich erwähnt wird. Das Potenzial für schnellere, ökologische und im Zweifel zuverlässigere Zustellungen ist enorm. Thomas Laue: „Bei uns landen vier bis fünf PKW-Ladungen Post pro Tag. Die müssen an über hundert unterschiedliche Stellen verteilt werden – von Verwaltungsgebäude bis Schule und Kindergarten. Da kommen mehrere hundert Kilometer Fahrtweg pro Woche zusammen."

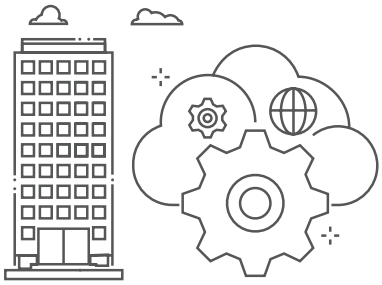
GEMEINSAM INNOVATIONEN VORANTREIBEN

Um neue Innovationen auf den Weg zu bringen, setzt Heilbronn insbesondere auf die enge Zusammenarbeit mit kommunalen IT-Dienstleistern. Die Komm.ONE und die Stadt Heilbronn etwa tauschen sich in einem 14-tägigen Jour Fixe aus. Der Vorteil: Die in der Kommune ermittelten Bedarfe treffen hier auf das notwendige technische Know-how. Nicht selten entstehen daraus neue Projekte. Aktuell in der Umsetzung: ein digitaler Rechnungseingangs-Workflow. Die Software unterstützt Mitarbeitende bei der Rechnungsprüfung und -erfassung. Zwei Pilotämter nutzen die neue Dienstleistung bereits, der großflächige Rollout soll 2024 starten.

Ein weiteres Thema lautet Open Data. Thomas Laue: „In den Verwaltungen verfügen wir über große Datenschätze, die aber nicht vernetzt sind." Ziel ist es, diese Daten auch anderen Akteuren in der Stadt zur Verfügung zu stellen. Beispiel Verkehr: Die Heilbronner Verwaltung erfasst systematisch relevante Daten beispielsweise zu genehmigten Baustellen. Wären sie mit einem Navigationssystem vernetzt, könnten Staus verringert werden.

7 PROZENT

DER KOMMUNEN NUTZEN KÜNSTLICHE INTELLIGENZ BEREITS IM ARBEITSALLTAG.



WAS ZU TUN IST

Das alles zeigt: Vieles ist bereits möglich! Dennoch schreitet die Entwicklung insgesamt nur langsam voran. So verortet der renommierte Digital Economy and Society-Index (DESI) aus dem Jahr 2023 Deutschland europaweit nur auf Platz 13. Was also hemmt die digitale Transformation der Verwaltung? Ein wesentlicher Aspekt: Die gesetzlichen und föderalen Rahmenbedingungen – ob im Dienst-, Steuer- oder Sozialrecht – werden als viel zu komplex kritisiert. Thomas Laue verweist darauf, dass zahlreiche Regelungen den Geist des 20. Jahrhunderts atmen. Das verhindere das notwendige Tempo, und großartige Innovationen würden ausgebremst. Auch der Datenschutz bereite Probleme, Thomas Laue: „Datenschutz ist enorm wichtig! Aber er muss Entwicklungen begleiten und darf nicht als Verhinderungsinstrument missbraucht werden. Auch dass die Bundesländer jeweils eigenständige Datenschützer haben, verkompliziert alles ohne Mehrwert." Andreas Majer betont, dass geltendes EU-Recht nicht als Entschuldigung herhalten könne: „Im Gegensatz zu uns erledigen die Esten ihre Steuererklärung innerhalb von 20 Minuten – und das EU-rechtskonform! In Deutschland hingegen erzwingt das Steuerrecht einen unglaublichen Aufwand, der sich natürlich 1:1 in den Fachverfahren niederschlägt."

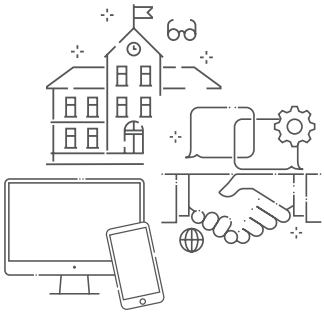
© Copyright 2024 Hewlett Packard Enterprise Development LP

HPE GreenLake

Gewinnen Sie wichtige Erkentnisse aus Ihren Datensilos.

Verbinden Sie die Cloud mit Ihren Daten und eröffnen Sie neue Chancen, um das Potenzial Ihrer Daten vom Edge bis zur Cloud zu nutzen.

Besuchen Sie **HPE GreenLake.de**



„Zusammenarbeit und Kooperationen – ob mit etablierten IT-Dienstleistern oder Start-ups, Wissenschaft oder Behörden in anderen Ländern – bringen uns wirklich weiter." Thomas Laue

Aber nicht nur Bund und Länder seien gefordert: „Digitalisierung der Verwaltungsleistungen heißt immer auch Entörtlichung. Das bedeutet: Kommunen können ihre Leistungen auch vom anderen Ende der Republik beziehen und müssen sie nicht zwingend vor Ort vorhalten." So seien in Dänemark und Schweden, die in Sachen Digitalisierung als Vorbilder gelten, in den vergangenen Jahren auch schon mal Kommunen systematisch zusammengelegt worden.

Es gibt also Wege, das anfangs erwähnte digitale Rathaus Wirklichkeit werden zu lassen. Es ist eine Verheißung. Thomas Laue: „Mehr Digitalisierung heißt, dass wir uns als Verwaltung in erster Linie unserer Kernaufgabe widmen können: Und zwar eine gute Daseinsvorsorge für Bürgerinnen und Bürger anzubieten und gemeinsam für ein gutes Leben in der Stadt zu arbeiten."

Blick in die Zukunft: Im Innovationspark Künstliche Intelligenz (Ipai) soll auf rund 23 Hektar Europas größtes Forschungs- und Entwicklungszentrum für KI entstehen. Der neue Campus wird zudem Bürgerinnen und Bürgern offenstehen, um die Technologie live und hautnah zu erleben.

BRAUCHEN WIR EIN REGMOG 2.0?

Wir stecken mittendrin in der Registermodernisierung, aber viele Fragen sind ungeklärt und etliche Teilprojekte offen. Damit wir am Ende des Programms Registermodernisierung nicht feststellen, anvisierte Ziele verfehlt zu haben und ähnlich wie beim OZG nach einem RegMoG 2.0 rufen, sollten wir im laufenden Prozess konsequenter die Gelegenheit nutzen, bisherige Schritte sowie Planungen zu hinterfragen und neu zu justieren. Denn jetzt haben wir die Chance, die Weichen für den Fahrplan Registermodernisierung neu zu stellen.

DIE ZIELE DER REGISTER-MODERNISIERUNG

SDG, IDA, NOOTS – im Dschungel von Abkürzungen, Gesetzesauslegungen und Technikdebatten haben wir die Ziele der Registermodernisierung im Sinne von Wirksamkeit aus den Augen verloren. Auf diese sollten wir uns zurückbesinnen. Denn für endlose Technikdebatten fehlt uns schlichtweg die Zeit.

Die Umsetzung des Once-Only-Prinzips, abgeleitet aus der Single Digital Gateway Verordnung (SDG-VO) der EU, steht als vorrangiges Ziel über allen Bausteinen der Registermodernisierung. Mit Blick allein auf den Elterngeldantrag, der bis zu 17 verschiedene Nachweise erfordern kann, wird schnell das ungenutzte Potenzial deutlich, das sich durch eine konsequente Umsetzung des Once-Only-Prinzips entfalten ließe. Effiziente Verwaltungsabläufe dank einmaliger Übermittlung bereits bekannter Daten und Nachweise reduzieren folglich Kosten und erhöhen nicht zuletzt die Bearbeitungsgeschwindigkeit.

Das Once-Only-Prinzip ist damit ein Werte- und Serviceversprechen zugleich an Bürger:innen und Organisationen. Aus diesem Werteversprechen folgt eine Erwartung der Nutzenden an Transparenz: Denn nur, wenn ich weiß, welche Behörde welche Daten zu welchem Zweck eingesehen oder abgerufen hat, kann ich Vertrauen in die Vorgänge der öffentlichen Verwaltung haben. Dieses Transparenzbedürfnis kann mit einer konsequenten Etablierung des Datenschutzcockpits erfüllt werden.

DER DATENRAUM „MENSCH“ IN DEN REGISTERN

Die Registermodernisierung ändert nichts grundlegend an der Organisation und Struktur von Registern selbst. Dies war eine bewusste Entscheidung. Aber woran wir etwas ändern können, ist die Neu-Definition des Nachweisbegriffs und der damit verbundenen Daten. Denn wenn wir alle zu einem Menschen erfassten Daten als Datenraum betrachten, eröffnet sich auf der einen Seite die Frage zur Datenmenge: Welche Daten werden tatsächlich in einem Verwaltungsvorgang gebraucht? Hier gilt es, die richtige Flughöhe einzunehmen und das Ziel der Datenreduktion stärker zu verfolgen als bisher.

Auf der anderen Seite sind auch semantische Fragen zu klären: Meinen wir alle dasselbe, wenn wir von bestimmten Begriffen sprechen? Der Datenaustausch über Fachdomänen hinweg ist das wirklich Neue an der Registermodernisierung. Und wenn wir uns fragen, wie verschiedene Systeme miteinander interagieren können, sollte diese Frage jenseits von technischen Spezifikationen beantwortet werden.

Vollständig vernachlässigen können wir die Technik jedoch nicht: Die SDG-Verordnung definiert ganz klare Anforderungen an das NOOTS (National Once Only Technical System) zur Umsetzung des Once-Only-Prinzips. Das NOOTS ist damit die notwendige Infrastruktur im Rückgrat der deutschen Verwaltung. Dabei dürfen sich alle Beteiligten aber nicht in Technikdebatten verlieren. Etablierte Technik und bewährte Standards können auch hier zum Gelingen beitragen. Die Erfahrungswerte aus dem Maschinenraum zeigen: Wenn wir uns zurückbesinnen auf die Ziele der Registermodernisierung und ein gemeinsames Verständnis von Begrifflichkeiten und Datenstrukturen haben, dann führen wir das Großvorhaben Registermodernisierung zum Erfolg – auch ohne, dass es eines RegMoG 2.0 bedarf.

Stefan Rauner ist General Portfolio Manager bei Governikus.

GOVERNIKUS

KEHRTWENDE: DEUTSCHLAND BRAUCHT EINEN MARKT FÜR VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG

Deutschland liegt bei der Verwaltungsdigitalisierung seit vielen Jahren im internationalen Vergleich nur im hinteren Mittelfeld. Dabei fehlt es weder an politischen Absichtsbekundungen und ambitionierten Vorhaben wie dem OZG noch am Einsatz und Engagement aller Beteiligten. Dennoch kommen wir, nicht zuletzt aufgrund der komplexen föderalen Strukturen, nur langsam voran. Die Gründe sind vielschichtig – angefangen vom Bestreben, bereits getätigte Investitionen zu schützen, bis hin zu unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen in den Bundesländern. Bund und Länder haben in den letzten Jahren immer neue Anstrengungen unternommen, um die digitale Aufholjagd zu starten. Wirklich erfolgreich war dies aber nicht. Wenn wir also im internationalen Vergleich nicht immer weiter ins Hintertreffen geraten wollen, müssen wir Verwaltungsdigitalisierung neu denken.

INNOVATIONSWETTBEWERB FORCIEREN

Zu Beginn des Jahres 2024 wird überdeutlich, dass die Digitalisierung der Verwaltung neue Impulse benötigt. Ein tatsächlicher Schub kann von neuen technologischen Lösungen ausgehen. Hier wird der Einsatz von KI eine wichtige Rolle spielen, etwa zur Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder zur automatisierten Bearbeitung von Prozessen. Dabei gilt es allerdings

„Die nächste Generation der digitalen Verwaltung lässt sich nicht aus dem öffentlichen Silo heraus entwickeln." Alexander Handschuh [links im Bild]

„Um bei der Digitalisierung erfolgreich zu sein, benötigt der öffentliche Sektor in Deutschland dringend eine enge Zusammenarbeit mit den privaten Unternehmen."

zu beachten, dass der öffentliche Sektor gerade auf diesen neuen, zukunftsweisenden Feldern häufig nicht mit der Innovationsgeschwindigkeit von Startups oder etablierten Unternehmen mithalten kann. Für den Erfolg bei der Verwaltungsdigitalisierung ist es daher von großer Bedeutung, dass die Kooperation mit dem privaten Sektor deutlich intensiviert wird. Die nächste Generation der digitalen Verwaltung lässt sich nicht aus dem öffentlichen Silo heraus entwickeln. Hier müssen wir zu mehr Kooperation und zu einer engeren Einbindung der wirklich innovativen Akteure kommen. Zielbild wäre ein echter Innovationswettbewerb, um die besten Lösungen für eine digitale Verwaltung zu erhalten.

ZENTRALEN MARKTPLATZ SCHAFFEN

Ein entscheidender Erfolgsfaktor ist daher, an zentraler Stelle – etwa durch den Bund gefördert – einen offenen Marktplatz für digitale Lösungen zu etablieren. Auf diese Weise könnte besonders den Städten und Gemeinden deren Auswahl und Beschaffung deutlich erleichtert werden. Zugang zu diesem Marktplatz sollte nur dann gewährt werden, wenn ein Katalog von noch zu definierenden Basisanforderungen wie beispielsweise Datenschutz, Datensicherheit oder offene Schnittstellen erfüllt ist. Diese Basisanforderungen müssten von einem unabhängigen Fachgremium in regelmäßigen Abständen definiert und überprüft werden. Ein solches Konzept ermöglicht es den Kommunen, schnell, einfach und sicher aus den dort vorhandenen Angeboten auszuwählen, und kann dabei sicherstellen, dass die beschafften Lösungen untereinander kompatibel sind. Bei der Definition der Anforderungen an diesen Marktplatz gilt es allerdings zu beachten, dass wir auch wirklich eine Angebotsvielfalt zulassen. „Einer für Alle" mag bei der Vergabe von öffentlichen Geldern für die Entwicklung neuer Lösungen richtig gewesen sein, darf aber keinesfalls für die bereits verfügbaren Lösungen gelten. Wir brauchen stattdessen ein Aufbrechen der Strukturen und mehr Wettbewerb um die besten Lösungen und den besten IT-Service für Kommunen.

PRIVATUNTERNEHMEN EINBINDEN

Um bei der Digitalisierung erfolgreich zu sein, benötigt der öffentliche Sektor in Deutschland dringend eine enge Zusammenarbeit mit den privaten Unternehmen. Derzeit herrscht aber vielfach noch der Glaube, der Staat könne „souverän" und „ohne den Markt" spezielle Angebote entwickeln und dann auch anbieten und betreiben. Dies wird nicht funktionieren, da es eben kaum möglich ist, mit der Innovationsgeschwindigkeit der weltweit agierenden Digitalkonzerne mitzuhalten. Wenn es nicht gelingt, verstärkt auf Marktlösungen zu setzen, wird der öffentliche Sektor bei der Digitalisierung immer weiter zurückfallen. Sollten sich Bund und Länder um die mühsam und kostspielig entwickelten „EfA-Leistungen" sorgen, können sie für diese zumindest in finanzieller Hinsicht einen deutlichen Wettbewerbsvorteil schaffen. Eine Idee wäre, diese Angebote den Kommunen als „Basisversorgung" dauerhaft kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

AUFGABE DES STAATES: DEN RAHMEN SETZEN

Auf den Markt zu setzen, bedeutet allerdings auch, dass es klare Regeln und Regulierungen geben muss. Der Staat muss viel mehr als bisher klare und wirklich verbindliche Vorgaben machen, welche Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, damit Marktlösungen zielgerichtet eingesetzt werden können. Gleiches gilt für die Festlegung verbindlicher Standards und Schnittstellen. Ein solches Vorgehen würde es auch öffentlichen und privaten Unternehmen erleichtern, sich an diese „Spielregeln" anzupassen und ihre Angebote entsprechend auszugestalten. Voraussetzung ist allerdings, dass die Politik auf allen Ebenen den Weg aus der Sackgasse findet und erkennt, dass bei der Digitalisierung insgesamt der Staat nicht länger die Aufgabe eines Umsetzers, sondern die des Rahmensetzers bekleiden muss. Wie auf vielen anderen Politikfeldern ist es seine Aufgabe, für den Markt das Spielfeld und die Regeln zu definieren. Dazu brauchen wir jetzt eine Kehrtwende.

Alexander Handschuh ist Beigeordneter für Kommunikation und Digitalisierung beim Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Wir sagen DANKE

für die langjährige Zusammenarbeit.

Um die zunehmende Komplexität und Dynamik der Digitalisierungsthemen effektiv zu bewältigen, haben die GKD Paderborn, das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) und die OWL-IT zum 01. Januar 2024 vollumfänglich fusioniert.

Aus drei mach eins!

Willkommen bei der Ostwestfalen-Lippe-IT.

Lösungsorientiert
Unsere Arbeitsweise ist durchweg lösungsorientiert. Wir arbeiten gemeinsam an der Entwicklung der optimalen Lösung für Ihre Anforderungen und dieser Ansatz prägt unser Denken, unser Handeln und unsere Zusammenarbeit.

Zusammenarbeit
Wir sind fest davon überzeugt, dass eine vertrauensvolle und transparente Zusammenarbeit der Schlüssel zum Erfolg ist. In unseren Partnerschaften legen wir Wert auf gegenseitige Wertschätzung und einen professionellen Umgang miteinander.

Gestaltungswille
Wir treiben das vielfältige und sich ständig wandelnde Tagesgeschäft der Informationstechnologie voran. Unsere tägliche Motivation besteht darin, passende und innovative Lösungen für Ihre Kommune zu entwickeln.

Dynamische Zusammenarbeit, aufregende Innovationen, erstklassige IT-Lösungen und viel Expertise.

Das ist OWL IT

Lemgo · Am Lindenhaus 19 · 32657 Lemgo · Tel. +49 5261 252 - 0 · Paderborn · Technologiepark 11 · 33100 Paderborn · Tel. +49 5251 132 - 0 · info@owl-it.de · www.owl-it.de

DIE VERWALTUNG DER ZUKUNFT ERFORDERT MUT ZUR INNOVATION!

Kommunen sehen sich zunehmend mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Die digitale Verwaltung hat das Potenzial, Stadtgesellschaft zu gestalten und zu fördern, so Prof. Dr. Jeanette Hofmann, Forschungs- und Gründungsdirektorin des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft (HIIG). Welche Schritte dafür notwendig sind, erklärt sie im Interview.

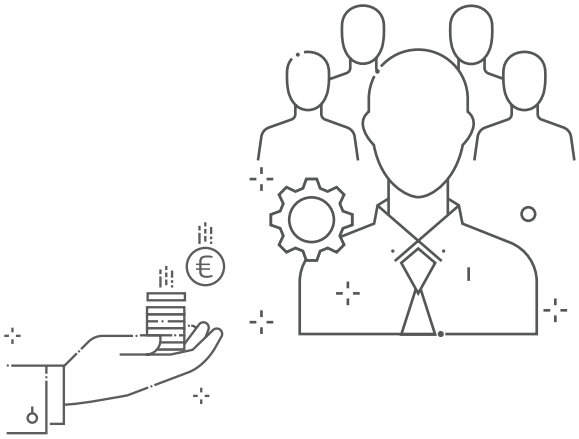
Wie sieht die digitale Verwaltung der Zukunft aus?

Hofmann: Die Digitalisierung ist sicher kein linearer Prozess – vielmehr wird es da mal vorwärts und mal rückwärts gehen. Für sich genommen haben viele öffentliche Verwaltungen bereits mit der Digitalisierung begonnen. Gleichzeitig besteht aber zwischen den kommunalen Verwaltungen wenig Interoperabilität. Das hat zur Folge, dass Formulare häufig ausgedruckt und wieder neu eingegeben werden müssen.

Wenn wir jetzt aber in die Zukunft blicken, stelle ich mir vor, dass viele Aufgaben voll automatisiert sind und von selbst in Gang gesetzt werden. Bei steigendem Fachkräftemangel wäre das eine große Erleichterung. Mitarbeitende können dann ihre knappe Zeit darauf verwenden, sich um weniger standardisierte Fälle zu kümmern und Menschen zu unterstützen, die mit den neuen Benutzeroberflächen nicht umgehen können. Und: Es entsteht endlich ein Raum, Verwaltung zu entwickeln und in die Zukunft zu denken. Die Verwaltungsangestellten könnten ihren Auftrag viel mehr als politischen Service verstehen und Stadtgesellschaft aktiv gestalten. Das bedeutet, mit den Menschen im kontinuierlichen Austausch zu sein und ein Gespür dafür zu entwickeln, welche Bedarfe es in der Stadt gibt.

„Unsere Verwaltungen sind nach wie vor auf eine hierarchische Industriegesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts ausgerichtet."

Prof. Dr. Jeanette Hofmann ist Forschungs- und Gründungsdirektorin des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft (HIIG) sowie Leiterin der Forschungsgruppe Digitalisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

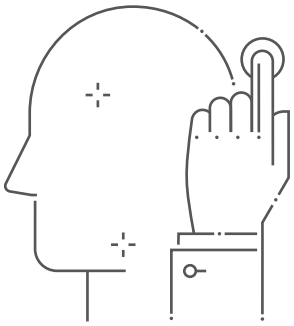


Welche Hürden sehen Sie auf dem Weg dorthin?
Unsere Ministerialverwaltungen werden heute von Juristinnen und Juristen dominiert – die selten digitales Know-how mitbringen. Menschen, die die notwendige Expertise hätten, müssen dagegen nach geltendem Laufbahnrecht ganz unten in der Hierarchie starten, Quereinstieg wird in diesem System quasi unterbunden. Gerade im Bereich digitale Verwaltung fallen daher Entscheidungshoheit und Expertise weit auseinander. Zudem können Querschnittsaufgaben und projektbasierte Vorhaben – die für eine Digitalisierung notwendig sind – so nicht realisiert werden. Der Hintergrund: Unsere Verwaltungen sind nach wie vor auf eine hierarchische Industriegesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts ausgerichtet.

Massives Hindernis für eine digitale Verwaltung sind zudem unser föderales System und die weitestgehend dezentralen Digitalisierungsanstrengungen. Wir haben es vor 15 Jahren versäumt, einheitliche Standards für die Verwaltungsdigitalisierung festzulegen. Die Kommunen waren vielfach gezwungen, eigene Lösungen zu finden. Und nun stehen wir vor einem Flickenteppich unterschiedlicher Lösungen. Was wir zwingend brauchen, sind einheitliche Standards an den Schnittstellen. Erst auf gemeinsamen Datenarchitekturen können dann eigene Anwendungen umgesetzt werden. Und das kann nur in einem top-down-Prozess vom Bund entschieden werden.

Welche Akteure sehen Sie besonders in der Verantwortung?
Wir wissen aus anderen Ländern, dass Wandel immer dort funktioniert hat, wo auch ein politischer Wille und ein Problembewusstsein vorhanden waren. In Deutschland haben wir momentan nicht eine einzige politische Führungspersönlichkeit, die sich dem Thema verschreibt. Politikerinnen und Politiker schrecken vor dem Thema regelrecht zurück. Zudem sehe ich unsere deutschen Mittelständler in der Pflicht. Momentan sind sie nicht gerade Innovationstreiber und bremsen mitunter neue Entwicklungen, etwa bei Open Source. Teilweise ist auch noch sehr veraltete Software im Umlauf, beispielsweise die Standardsoftware Elvis, die von den meisten Standesämtern genutzt wird.

Wie können Kommunen gestärkt werden?
Man kann es gar nicht genug betonen: Es braucht eine umfassende und langfristige Finanzierung. Digitalisierungsprojekte werden momentan über zeitlich befristete Mittel finanziert. Damit können keine Stellen geschaffen werden, um dauerhaft Expertise in die öffentliche Verwaltung zu holen. Stattdessen müssen Kommunen häufig auf externe Expertise zurückgreifen, ohne gut beurteilen zu können, was ihnen angeboten wird.



Wie wird sich Verwaltung zukünftig mit KI verändern?
Künstliche Intelligenz ist zum einen eine große Chance für unsere Verwaltung, denn: Was KI stark macht, ist die Prognose – und diese Qualität wird dringend gebraucht. Wenn wir davon ausgehen, dass unsere Welt immer komplexer wird und wir auch mit mehr Krisen rechnen müssen, sind Verwaltungen gehalten, sich im Namen der Vorsorge viel stärker auf die Zukunft einzurichten. KI-Systeme können dabei unterstützen, Entwicklungen frühzeitig abzuschätzen und vor allem verschiedene Handlungsoptionen durchzuspielen. Gleichzeitig birgt KI aber auch Gefahren: Wenn man sich auf KI-basierte Risikoabschätzungen verlässt, können gravierende Fehler entstehen. Ein Beispiel dafür sind die Rückforderungen von Kindergeldleistungen in den Niederlanden. Solche Probleme entstehen, wenn Verwaltungen den Empfehlungen von KI-basierten Systemen zu sehr vertrauen, ohne ihre Arbeitsweise hinreichend zu verstehen, oder nicht ausreichend Kompetenz besitzen, um die Qualität ihrer Bewertungen zu verstehen.

Software der kommunalen IT-Dienstleister kann hier – im Gegensatz zu rein privaten Unternehmen – eine gewisse Absicherung durch Transparenzvorschriften bieten: Betroffene haben stets ein Auskunftsrecht und man kann sich nicht einfach hinter Geschäftsgeheimnissen verstecken. Was das Beispiel KI abseits dessen aber sehr gut zeigt: Wir müssen aus unseren Fehlern lernen, uns weiterentwickeln und besser werden. Dann können wir den Sprung schaffen hin zu einer digitalen Verwaltung, die weniger Zeit auf standardisierte Prozesse verwendet und stattdessen wirklich mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt in den Dialog geht.

Digitale Prozesse – bürgerfreundliche Angebote

Prosoz macht Verwaltungsleistungen einfacher – nicht nur für Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Verwaltung. Gestalten Sie mit uns Ihre OZG-Umsetzung als durchgängigen Ende-zu-Ende-Prozess.

Prosoz-Lösungen sorgen für einen nahtlosen Datenfluss: vom Online-Antrag über die Sachbearbeitung bis zur Bescheidübermittlung.

Wir machen Digitalisierung einfach und effektiv.

prosoz.de

Der Partner für Kommunen seit 35 Jahren.
Prosoz

SERIE
CYBERSICHERHEIT

KOMMUNALE IT ENDLICH ALS KRITIS EINSTUFEN

Deutschlands Kommunen werden zunehmend attackiert. Beispiele gefällig? 2021 traf es den Landkreis Anhalt-Bitterfeld, 2022 die Stadt Potsdam und Ende Oktober mehr als 70 Kommunen vornehmlich in Nordrhein-Westfalen. Über Wochen konnten Pässe nicht ausgestellt, Geburten nicht angemeldet und Sozialhilfeleistungen nicht ausgezahlt werden. Die Beispiele unterstreichen: Bund und Länder müssen die kommunale IT endlich als Kritische Infrastruktur (KRITIS) einstufen.

Die Chancen dafür stehen besser denn je. Hintergrund: Der Bund muss bis Mitte Oktober die europäische Richtlinie NIS2 – die auf ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau auch in der öffentlichen Verwaltung abzielt – in nationales Recht umsetzen. Dabei gilt es, neben der Bundes- und Landesebene auch die IT der kommunalen Ebene als KRITIS einzustufen. Auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) weist darauf hin, dass die Kommunen überproportional oft von Cyberattacken betroffen sind.

Daniel Grimm ist Senior Manager Verwaltungsdigitalisierung bei VITAKO.

Daniel Sieberath ist Manager Verwaltungsdigitalisierung bei VITAKO.

KRITIS = ELEMENTAR FÜR MEHR CYBERSICHERHEIT

Wesentliche Vorteile der KRITIS-Einstufung lauten:

- **Mehr Verbindlichkeit:** Aufgrund fehlender Standards gleicht das Schutzniveau zwischen den Kommunen einem Flickenteppich. KRITIS schafft Verbindlichkeit.
- **Mehr Unterstützung:** Deutschlands Kommunen darben, für 2024 ist ein zusätzliches Defizit von zehn Milliarden Euro prognostiziert. Umso wichtiger ist es, per KRITIS-Einstufung mehr Unterstützung durch Bund und Länder sicherzustellen.

Ob kommunales Krankenhaus, Wasserwerk oder Energieerzeuger: Sie alle sind seit vielen Jahren als KRITIS eingestuft. Es wäre absurd, sollte ausgerechnet die kommunale IT als zentrale Schnittstelle zwischen der Verwaltung und den Menschen außen vor bleiben.

76,4%

DER KOMMUNALEN IT-DIENSTLEISTER SAGEN: KRITIS-EINSTUFUNG DER KOMMUNALEN IT GENIESST HOHE ODER HÖCHSTE PRIORITÄT.

Quelle: VITAKO-Umfrage, 2023

CYBERGEFAHREN WERDEN NACH WIE VOR UNTERSCHÄTZT

Laut VITAKO-Mitgliedern wird die Relevanz von Cybergefahren von kommunalen Entscheidern...

...unterschätzt	50,0 %
...realistisch eingeschätzt	47,0 %
...überschätzt	3,0 %

Quelle: VITAKO-Umfrage, 2023

DIE ZUKUNFT HAT BEGONNEN

KRAFTVOLLE KONTROLLE: KI-GESTÜTZTE ÜBERWACHUNG VON FINANZSYSTEMEN

Heute schon die Technik von morgen nutzen: Bereits jetzt setzt die Komm.ONE Künstliche Intelligenz (KI) im Rechenzentrumsbetrieb ein. Dank einer selbstentwickelten Anwendung können Datenströme von Finanzsystemen im SAP-Betrieb aktuell, effizient und zuverlässig überprüft werden.

Ob Updates, Umstellungen oder schlicht Routineaufgaben: Die Arbeitsergebnisse von Softwareprogrammen müssen fortlaufend überprüft werden. Bei wenigen Mandanten und einer geringen Anzahl von Anwendungen gelingt dies leicht. Herausfordernder wird es dagegen, wenn hunderte von Mandanten und tausende von Ausführungen kontrolliert werden müssen. Und das auch noch in einem so sensiblen Bereich wie dem Finanzwesen und unter Zeitdruck. Denn was nachts als sogenannte Jobs im Rechenzentrum automatisiert bearbeitet wird, muss am Morgen in Stundenfrist kontrolliert werden.

EFFEKTIVE UNTERSTÜTZUNG FÜR IT-EXPERTEN

Eine Problemstellung, die vielfach auftritt, auch bei der Überwachung von Finanzsystemen: Einer stetig wachsenden Masse an Datenströmen stehen immer weniger menschliche Fachkräfte gegenüber. Aus diesem Grund hat die Komm.ONE eine nachhaltige Lösung mittels Künstlicher Intelligenz entwickelt.

Das Ergebnis ist eine Anwendung, die die Funktionen eines Dashboards und eines Alarmsystems in sich vereint. Sie bildet alle Finanzsysteme übersichtlich ab und weist auf ungewöhnliche Abläufe, sogenannte Anomalien, mit einem starken visuellen Impuls hin. „In enger Abstimmung mit den Fachkräften des Bereichs ist es uns gelungen, dies zu realisieren. Unsere Anwendung ist ein Beispiel dafür, wie Künstliche Intelligenz die Arbeit von IT-Experten effektiv unterstützen kann“, erklärt Sascha Rudolph, Softwareentwickler der Komm.ONE und Experte für Künstliche Intelligenz. Die Anwendung basiert auf Open Source Software.

DANK NEURONALER NETZE

Das Besondere dieser Lösung: Die Darstellung der ermittelten Ergebnisse ist vollständig, klar und übersichtlich. Alle Abläufe der Finanzsysteme im definierten Zeitraum werden erfasst und visualisiert. Die Anwendung Künstlicher Intelligenz an dieser Stelle führt zu einer deutlichen Qualitätssteigerung. Standardisierte Auswertungen verwenden lediglich einfache mathematische Formeln, um Anomalien zu erkennen. Die hier eingesetzten Algorithmen hingegen nutzen neuronale Netze, um potenzielle Fehler zu finden. Diese neuronalen Netze sind überlegen, da sie Zeitreihenanalysen durchführen. So können beispielsweise Wochentage als aussagekräftige Indikatoren herangezogen werden, um signifikante Abweichungen in der Anzahl der durchgeführten Abläufe zu erkennen. Ein einfaches Beispiel verdeutlicht dies: An Sonntagen kommt Finanzsoftware der öffentlichen Verwaltung eher selten zum Einsatz. Die Anzahl der an diesen Tagen durchgeführten Prozesse sollte deshalb nicht mit den Ergebnissen eines Werktags verglichen werden.

Aber dies ist erst der Anfang. Die KI-gestützte Anwendung unterstützt die Mitarbeitenden bei der Überwachung der Finanzsysteme. Alles perfekt? Nein, noch gibt es Potenzial, das es zu entfalten gilt. Das halbautomatisierte Lernen der Künstlichen Intelligenz kann weiterhin verbessert werden. Die Perspektive ist jedoch klar: Die Produkte und Services kommunaler IT-Dienstleister wie der Komm.ONE werden zukünftig dank KI besser und effizienter. Dabei bleiben aber immer die Menschen und der Nutzen für sie im Mittelpunkt unseres Handelns.

Sascha Rudolph, Softwareentwickler und Experte für Künstliche Intelligenz Komm.ONE
Sascha.Rudolph@komm.one

Komm.ONE

„RECHENZENTREN MÜSSEN EFFIZIENTER WERDEN.“

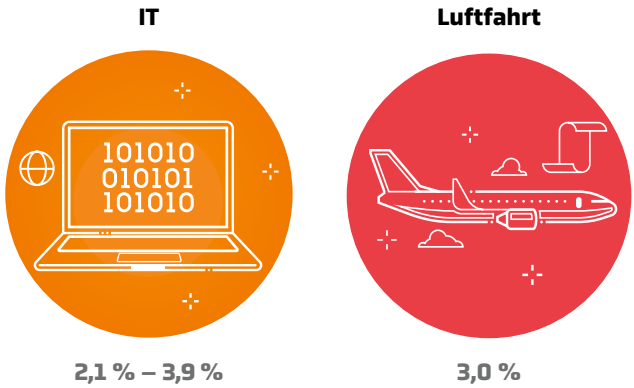
Die Zukunft der Verwaltung ist digital – und nachhaltig. Ein wichtiger Hebel sind effiziente Rechenzentren. Der Bundestagsabgeordnete Maik Außendorf (Bündnis 90/Die Grünen) besuchte im Dezember 2023 die besonders nachhaltigen Rechenzentren der regio iT. Im Interview schildert er seine Eindrücke und Erkenntnisse.

Herr Außendorf, was haben Sie von dem Besuch bei der regio iT mitgenommen?

Außendorf: Die regio iT ist beim Thema Rechenzentren sehr fortschrittlich unterwegs, das hat mich beeindruckt. Die Rechenzentren werden seit Jahren zu hundert Prozent mit Ökostrom betrieben. Der IT-Dienstleister setzt seit langem schon auf effiziente Technologien, etwa bei der Kühlung. Und das neu geplante klimaneutrale Rechenzentrum in Aachen hat das Potenzial, ein echtes Leuchtturmprojekt in Sachen Energieeffizienz zu werden. Etwa über eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach sowie an der gesamten Süd-West-Seite. Auch wird es eine Grünfassade geben, die nicht nur bei der Kühlung unterstützt, sondern auch gut für die Artenvielfalt ist. Das alles ist sehr durchdacht.

Solche Best-Practice-Beispiele sind enorm wichtig. Denn: Rechenzentren sind die Herzkammer der Digitalbranche und damit auch der digitalen Transformation. Gleichzeitig sind sie große Energieverbraucher und bedürfen besonderer Beachtung. Als Bundesgesetzgeber haben wir mit dem Energieeffizienzgesetz dafür gesorgt, dass die Effizienz von Rechenzentren transparent gemacht werden muss. Eine wichtige Voraussetzung, um den Energieverbrauch der Branche zu senken. Das unterstützt nicht nur beim Klimaschutz, sondern ist auch eine Möglichkeit, die Importe fossiler Energieträger zu reduzieren – ganz im Zeichen einer größeren Energiesouveränität und Versorgungssicherheit.

ANTEIL AN GLOBALEN CO_2-EMISSIONEN



Quelle: Universität Lancaster; BDL

Maik Außendorf ist Sprecher für Digitalpolitik und Mitglied im Ausschuss für Digitalisierung sowie im Wirtschaftsausschuss.

7,8

MILLIONEN TONNEN

THG-EMISSIONEN DEUTSCHER RECHENZENTREN 2022

Quelle: Bitkom

Bis 2035 sollen alle Rechenzentren klimaneutral sein. Ist dieses Ziel realistisch?

Es bleibt trotz aller Widrigkeiten das politische Ziel. Viel wichtiger ist allerdings, dass wir jetzt die notwendigen Maßnahmen ergreifen und uns tatsächlich auf den Weg machen! Und dabei sind alle Akteure gefragt – von Rechenzentrumsbetreiber über die Kommunen bis hin zum Bund.

Welche Aufgaben sehen Sie beim Bund?

Der Bund muss für Planungssicherheit und verlässliche gesetzliche Grundlagen sorgen. Ein wichtiger Schritt ist etwa das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung, das Kommunen dazu verpflichtet, Abwärme aus Industrieanlagen oder eben auch Rechenzentren konsequent zu nutzen. Ohne solche Rahmenbedingungen geht es nicht. Dennoch ist klar, dass nicht alles gesetzlich geregelt werden kann. Die Energiewende ist auf Leader angewiesen, die beispielhaft vorangehen. Das gilt für Kommunen ebenso wie für den Bund. Nur zwei Rechenzentren des Bundes sind mit dem blauen Engel zertifiziert und die kommunale IT-Struktur ist sehr unübersichtlich. Da geht noch mehr!

Was sollten Kommunen tun?

Die Kommunen müssen gründlich prüfen, wie viel ihrer IT sie eigenständig betreiben wollen. Das Worst-Case-Szenario aus Nachhaltigkeitsperspektive ist, wenn jede Kommune ihren eigenen Server im Rathauskeller unterhält. Denn der Betrieb ist enorm energieintensiv und aufwändig: Für die Kühlung ist eine Klimaanlage notwendig, die Stromversorgung muss gewährleistet und Updates regelmäßig aufgespielt werden. Bei einem Anbieter, der diese Aufgaben für mehrere Kommunen gleichzeitig übernimmt, läuft das viel effizienter. Als positiver Nebeneffekt hätten die IT-Fachkräfte in den Kommunen endlich Zeit, sich wichtigeren Dingen zu widmen, etwa Mitarbeitende zu schulen oder die Digitalisierung im Rathaus voranzutreiben.

Und welche Aufgaben verorten Sie bei den Betreibern?

Die Betreiber sind diejenigen, die die nachhaltige Transformation nun in der Praxis umsetzen müssen. Ich gebe zu: Das ist eine komplexe Aufgabe und erfordert Investitionen. Die Anbieter profitieren aber auch, denn Maßnahmen wie eine effizientere Kühlung oder die Abwärmenutzung sparen langfristig Kosten. Sie können das auch den Berechnungen im Gesetz entnehmen: Die Umstellung kostet die Wirtschaft einmalig 262 Millionen Euro. Dazu kommen jährlich fortlaufende Kosten von 240 Millionen. Demgegenüber stehen jährliche Einsparungen von insgesamt 582 Millionen Euro. Damit amortisieren sich die Investitionen bereits nach einem halben Jahr!

Wie wichtig ist Green IT im Vergleich zu anderen Klimaschutzmaßnahmen?

Green IT ist einer der wichtigsten Stellschrauben beim Klimaschutz überhaupt. Die IT verursacht mittlerweile ähnlich viel CO_2 wie der Flugverkehr. Klar ist: Wir wollen und müssen digitalisieren. Aber wir sollten uns auch fragen, was wir wirklich brauchen und wo wir reduzieren können. Gerade in der Verwaltung könnten große Mengen an Datenspeicherkapazität eingespart werden. Das beginnt bei der Frage: Muss ich jedes Dokument in Farbe und höchster Auflösung einscannen oder genügt nicht schwarz-weiß? Wichtig ist es dabei, Mitarbeitende für die Klimafolgen ganz alltäglicher Arbeitsschritte wie etwa das Speichern eines PDF-Dokuments zu sensibilisieren.

Wie stellen Sie sich eine digitale Verwaltung der Zukunft vor?

Digitale Anwendungen in Verwaltungen müssen noch viel nutzerfreundlicher werden – das gilt sowohl für Mitarbeitende als auch für die Menschen der Stadt. Ich stelle mir zum Beispiel eine Art virtuelles Kaufhaus vor, in dem Kommunen passende Fachverfahren einfach auswählen oder sich beraten lassen können. Wir müssen aber auch für weniger IT-affine Bürgerinnen und Bürger weiterhin Angebote vorhalten. Für sie muss es Servicestellen geben, wo ihnen analog weitergeholfen wird. Und: Eine digitale Verwaltung ist meiner Meinung nach nur dann wirklich zukunftsfähig, wenn ihre Leistungen auf einer nachhaltigen Infrastruktur aufgebaut sind. Und dafür sind effiziente Rechenzentren der erste Schritt!

SERIE

KOMMUNE DER ZUKUNFT

Die LWL.IT Service Abteilung – IT-Dienstleister beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) hat ein Verfahren entwickelt, um Schreiben der Sozialverwaltung digital zu kuvertieren. Welche Erleichterungen und Einspareffekte das bringt, erklären Norbert Holtkamp, Teamleiter Fachanwendungen Soziales, und Joachim Jäger, Teamleiter Dokumentenmanagement, bei der LWL.IT.

TEIL 6
AUTOMATISIERUNG

TEIL 7
SMART CITY I

TEIL 8
SMART CITY II

TEIL 9
DIGITALE SCHULANMELDUNG

TEIL 10
DIGITAL KUVERTIEREN

DIGITAL KUVERTIEREN – AUFWAND UND KOSTEN SPAREN

Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, Bewilligung von Blindengeld oder Entschädigungszahlungen an Opfer von Gewalt – diese und viele weitere Aufgaben erfüllt der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) mit seinen rund 20.000 Beschäftigten für mehr als acht Millionen Menschen. Norbert Holtkamp: „Bei dieser Zielgruppe kommt man um postalische Schreiben nicht herum. Allein das Sozialdezernat des LWL verschickt jeden Tag gut 1.200 Briefe."

Norbert Holtkamp hatte gemeinsam mit seinem Kollegen Joachim Jäger die Idee, Briefe digital zusammenzustellen und gebündelt an einen Druck- und Versanddienstleister zu übermitteln. Der Ablauf ist für Mitarbeitende denkbar einfach: Im bestehenden Dokumentenmanagementsystem können sie Briefe digital zusammenstellen – inklusive Anschreiben und sämtlichen Anhängen – und diese als „zu versenden" markieren. Am Ende des Tages werden alle markierten Dokumente automatisiert an einen Dienstleister übermittelt, der diese druckt, kuvertiert und versendet.

ZEIT SPAREN, EFFIZIENZ STEIGERN

Die Vorteile liegen auf der Hand. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung werden von einfachen Arbeiten entlastet und haben mehr Zeit für anspruchsvollere Tätigkeiten. Das digitale Kuvertieren ermöglicht zudem flexibleres Arbeiten, da der Prozess auch vom mobilen oder Heim-Arbeitsplatz aus möglich ist. Die Verwaltung selbst spart Kosten, da der Druck über den spezialisierten Dienstleister deutlich effizienter abläuft. Hinzu kommt: Der LWL konnte durch die Umstellung bereits mehr als 300 Drucker abschaffen. Norbert Holtkamp: „Fast jede Mitarbeiterin, jeder Mitarbeiter hatte einen eigenen Drucker am Arbeitsplatz. Das braucht es jetzt nicht mehr." Und auch die Kundinnen und Kunden profitieren. Denn das digitale Kuvertieren und die gebündelte Abwicklung beschleunigen den Versand deutlich, und die Adressaten erhalten ihre Briefe einige Tage früher.

NACHFRAGE STEIGT

Mittlerweile arbeiten vier Abteilungen und insgesamt 500 Mitarbeitende des LWL mit der digitalen Druckanwendung. Und das Interesse steigt. Joachim Jäger:

1200

BRIEFE PRO TAG

„Durch die Umsetzung der Lösung im LWL-weit genutzten Dokumentenmanagementsystem ist sie ja nicht auf den sozialen Bereich limitiert." Sie sei gerade in Verbindung mit juristischen Akten im Test, und auch die Personalabteilung habe schon angefragt. „Wir freuen uns, dass das Thema an Fahrt aufnimmt und bald noch vielen weiteren Mitarbeitenden des LWL zur Verfügung steht."

Norbert Holtkamp ist Teamleiter Fachanwendungen Soziales.

Joachim Jäger ist Teamleiter Dokumentenmanagement bei der LWL.IT.

EUROPAS IT-DIENSTLEISTER ZU KI

Künstliche Intelligenz (KI) hat das Potenzial, die Transformation von Dienstleistungen des öffentlichen Sektors zu beschleunigen. In einem gemeinsamen Positionspapier fordert Euritas daher einen EU-weiten harmonisierten Kriterienkatalog für die Umsetzung von KI-Anwendungen.

Gemeinsame EU-weite Rahmenbedingungen sind wesentlich, um die Nutzung von Künstlicher Intelligenz in IT-Services des Public Sectors weiter voranzutreiben. Das Positionspapier von Euritas skizziert die potenziellen Vorteile und möglichen Anwendungsbereiche von KI in der öffentlichen Verwaltung. Auf kritische Erfolgsfaktoren wird ebenso Bezug genommen wie auf die Bedeutung angemessener rechtlicher und ethischer Rahmenbedingungen sowie einer entsprechenden Awareness-Bildung. Wir sind uns einig, dass KI der öffentlichen Verwaltung etwa dabei hilft, Entscheidungsfindungen zu erleichtern oder Prozessautomatisierung und Servicebereitstellung zu optimieren. Das Euritas Management Board wird das Positionspapier nutzen, um Gespräche mit relevanten Stakeholdern auf EU-Ebene zu führen. Ziel ist es, harmonisierte Rahmenbedingungen für öffentliche IT-Dienstleister zu schaffen, damit KI effizient eingesetzt werden kann.

ANBIETER IN DER VERANTWORTUNG

Als Anbieter von KI-Lösungen für öffentliche Verwaltungen tragen Euritas-Mitglieder wie auch das Bundesrechenzentrum (BRZ) eine besondere Verantwortung für die erbrachten Dienstleistungen. Die Technologie entwickelt sich viel schneller als die Regulierung auf nationaler und EU-Ebene. Es ist daher notwendig, eine proaktive Haltung einzunehmen und eigene Leitplanken aufzustellen, um eine ethische und verantwortungsvolle Anwendung von KI im öffentlichen Sektor sicherzustellen. Der risikobasierte Ansatz ist ein wichtiger Schritt, aber für die Umsetzung im Detail nicht ausreichend.

EINSATZ VON KI IM ÖFFENTLICHEN BEREICH

KI wird schon heute in zahlreichen Anwendungen des Public Sectors eingesetzt, folgende Beispiele hat das BRZ für seine Kunden entwickelt:

- **Face Recognition und Bilderkennung**
  Bei der Digitalisierung großer Datenbestände in staatlichen Archiven setzt das BRZ KI ein, um Objekte zu erkennen, automatisch zu beschlagworten sowie Gesichter zu anonymisieren.
- **Betrugsbekämpfung und Fake Check von Dokumenten**
  Mit Hilfe von Deep-Learning-Methoden können Dokumente auf Fälschungen überprüft werden. Auch im Finanzbereich sind KI-gestützte Anwendungen im Einsatz, die der Betrugsbekämpfung dienen.
- **Anonymisierung von gerichtlichen Entscheidungen**
  Als manueller Prozess nimmt die Anonymisierung von Gerichtsentscheidungen viel Zeit in Anspruch. Mit Hilfe von Machine Learning und unter Einsatz von KI konnte das BRZ die Anonymisierung wesentlich beschleunigen.

EURITAS

Euritas ist die Allianz der europäischen öffentlichen IT-Dienstleister. Aktuell umfasst Euritas 12 Mitgliedsorganisationen in neun Ländern.

Download
Das Positionspapier kann unter diesem Link abgerufen werden:
https://bit.ly/va1-24-euritas

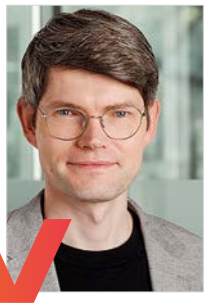
Roland Ledinger ist Geschäftsführer des Bundesrechenzentrums (BRZ) in Österreich und Vize-Präsident von Euritas.

GOVDIGITAL

GROSSE SPRACHMODELLE FÜR ÖFFENTLICHE IT-DIENSTLEISTER

Gemeinsam mit fünf Mitgliedern hat govdigital in einem Machbarkeitsprojekt erste Services entwickelt, die öffentlichen IT-Dienstleistern die Nutzung von Large Language Models (LLMs) erleichtern. Sie sind der Start für ein LLM-Ökosystem der govdigital.

Die Nutzung Künstlicher Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung gewinnt zunehmend an Bedeutung. Einen wesentlichen Anteil daran hat generative KI, die – basierend auf großen Sprachmodellen (LLMs) – in unterschiedlichsten Bereichen eingesetzt werden kann. Effizientere Prozesse sind das Ziel, doch die größte Hoffnung liegt in der Bewältigung des Fachkräftemangels. Mitarbeitende könnten gerade bei Routineaufgaben wie im E-Mail-Verkehr und bei der Informationsrecherche durch LLM-basierte Anwendungen unterstützt werden. Öffentliche IT-Dienstleister experimentieren bereits seit einiger Zeit auf diesem Gebiet, stehen aber noch vor Herausforderungen, wie einem sicheren und regelkonformen Umgang mit Daten.



Philipp Gärtner ist Referent und Projektleiter bei govdigital eG.

Aus Sicht der Mitglieder hat die Bereitstellung gemeinsamer Services der govdigital zur Unterstützung von KI-Anwendungen hohe Priorität. Mit ihrem Inhouse-Modell hat govdigital die Möglichkeit, diese und andere Leistungen für ihre 27 Mitglieder direkt anzubieten. Auch Trägerinnen und Trägern von govdigital-Mitgliedern auf kommunaler sowie Landes- und Bundesebene können Leistungen inhouse zur Verfügung gestellt werden.

MACHBARKEITSPROJEKT ZU LLMS

Gemeinsam mit fünf Mitgliedern hat govdigital in einem Machbarkeitsprojekt sechs Services identifiziert, die öffentlichen IT-Dienstleistern einen effizienten und sicheren Einsatz von LLMs ermöglichen können. Im Fokus steht hierbei, eine gemeinsame technologische Grundlage zum Entwickeln von LLM-basierten Anwendungen zu schaffen. Ein gemeinsamer LLM-API-Service kann Mitgliedern den Zugriff auf einen Model-Hub zum Testen und Integrieren verschiedener Modelle ermöglichen. Eine gemeinsame KI-Werkstatt kann Beratung, Vermittlung und Umsetzungsunterstützung bieten. Ferner wurden Services betrachtet, die den Zugang zu Hardware (GPU-Performance) und den Austausch von Anwendungs-Templates und kuratierten Daten ermöglichen.

DAS WICHTIGSTE IM ÜBERBLICK

Das Machbarkeitsprojekt wurde im Januar abgeschlossen. Beteiligt waren AKDB, Bundesdruckerei, Dataport, Komm.ONE und Lecos. Auf Grundlage der Projektergebnisse hat govdigital mit dem Aufbau eines gemeinsamen „LLM-Ökosystems“ begonnen, das Grundbedürfnisse der Mitglieder abdeckt und modular erweiterbar ist. Erste Services werden eine Sandbox für LLM-Anwendungen und die KI-Werkstatt sein.

PROVI-MARKTPLATZ: BESCHAFFUNGEN DIGITALISIEREN!

Öffentliche Auftraggeber wollen Einkaufsprozesse beschleunigen und vereinfachen. Hintergrund: Vergaberechtliche Anforderungen, technologische Komplexität der zu beschaffenden Produkte sowie fehlende Fachkräfte in den Vergabestellen und Fachabteilungen. Die Einkaufsgenossenschaft ProVitako bietet hierzu die Lösung – das Provitako Beschaffungssystem.

Die Genossenschaft entwickelt sich dafür zur zentralen Beschaffungsstelle. Auf Basis gemeinsam durchgeführter EU-Ausschreibungen bietet sie bereits seit vielen Jahren eine Vielzahl an bedeutenden ITK-Rahmenverträgen, beispielsweise für digitale Schultafeln, Endgeräte, Netzwerk- und Rechenzentrumsinfrastruktur sowie der dafür notwendigen Software, allen voran die Microsoft-Produkte und -Services. Seit März 2023 wurde ein weiterer Beschaffungsweg, das Strecken- oder Handelsgeschäft, etabliert, um etwaige ad hoc Bedarfe zu decken. Mitglieder können so unmittelbar bei ihrer Genossenschaft inhousefähig einkaufen.

Grundlage dafür ist eine vorausschauende Bedarfsplanung innerhalb der Genossenschaft, um die Bedarfslage von Anfang an in Vergabeprozessen berücksichtigen zu können. Die gute Planung ermöglicht einerseits eine einfachere Beschaffung für die Mitglieder und deren Träger, andererseits wächst damit auch der zentral zu leistende Abwicklungsaufwand bei der ProVitako.

PROVI-MARKTPLATZ = WEBSHOP FÜR KOMMUNALE IT

Um diesen Aufwand zu reduzieren, digitalisieren wir über den ProVi-Marktplatz die Bedarfs- und Einkaufsprozesse durchgängig. Seit Februar steht er allen Mitgliedern zur Verfügung und die abrufberechtigte Stellen können auf die ITK-Rahmenverträge – sozusagen das ProVitako Portfolio – zugreifen sowie die Streckengeschäftsoption nutzen. Bis Ende April wird nun allen Mitgliedern der digitale Zugang eingerichtet. Damit können künftig alle Nutzer die Rahmenvertragsprodukte wie in einem Webshop per Klick bestellen.

C-ARTIKEL ORDERN

Zusätzlich wollen wir die Beschaffung von Kleinteilen (C-Artikel, Verbrauchsgüter) rechtssicher vereinfachen. Hierzu bietet der ProVi-Marktplatz eine weitere Funktion, den sogenannten Best-Preis-Katalog. Er ermöglicht eine vergleichende Auswahl von verschiedenen Anbietern zum selben Produkt und dokumentiert diese Entscheidung revisionssicher.

Jürgen Abelshauser ist CEO und Vorstandsvorsitzender der ProVitako.

DEN NUTZEN IM FOKUS

Aus Rahmenverträgen abrufen oder Kleinteile bestellen – und zwar einfach! Für die User unserer Mitglieder und deren Träger muss dies bald keine Utopie mehr sein. Die Digitalisierung der Beschaffung wird tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen sowie bei den kommunalen IT-Dienstleistern massiv entlasten.

PROVITAKO-RAHMENVERTRÄGE WACHSEN MASSIV

Umsatz 2024 gegenüber 2023

Server/Data-Center: +25%

Apple: +50%

Netzwerk: +60%

Leasing: +300%

Interaktive Schultafeln: +300%

VITAKO: SPOTLIGHT

DIE VITAKO-GESCHÄFTSSTELLE STELLT SICH VOR

DIE VITAKO-GESCHÄFTSSTELLE IST GEBÜNDELTE EXPERTISE FÜR VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG. WIR BERATEN ENTSCHEIDUNGSTRÄGER AUS POLITIK UND VERWALTUNG. HIER STELLEN WIR UNSERE ANSPRECHPARTNER VOR.

DANIEL GRIMM,
Senior Manager
Verwaltungsdigitalisierung

Daniel Grimm ist seit über zehn Jahren bei VITAKO und betreut unter anderem die Themen Cybersicherheit, Nachhaltige IT und Digitale Bildung. Als Wirtschaftsingenieur und Freiberufler unterstützt er den Verband zudem in technischen Fragen. Daniel Grimm: „Auf dem Weg in eine digitale Verwaltung hat der Schutz vor Cyberangriffen höchste Priorität. Bei VITAKO möchte ich das umfassende Know-how unserer Mitglieder in die Breite tragen und gemeinsam mit ihnen für eine resiliente und sichere Zukunft arbeiten!" Daniel Grimm setzt sich insbesondere dafür ein, dass die kommunale IT zukünftig als Kritische Infrastruktur eingestuft und die notwendige Finanzierung bereitgestellt wird.

Telefon: 030 2063 156 0
E-Mail: daniel.grimm.ext@vitako.de

DANIEL SIEBERATH,
Manager
Verwaltungsdigitalisierung

Daniel Sieberath ist seit 2018 bei VITAKO. Der Politikwissenschaftler verantwortet unter anderem die Themen Digitale Souveränität, Standardisierung und IT-Sicherheit. Daniel Sieberath: „Für eine wirklich zukunftsfähige Verwaltung müssen wir uns auf gemeinsame Standards einigen und einheitliche Schnittstellen schaffen. Bei VITAKO sind wir mit unseren Mitgliedern im engen Austausch und arbeiten daran, ihren Erfahrungen aus der Praxis auf der Bundesebene Gehör zu verleihen. Denn ohne sie ist die digitale Verwaltung bis 2030 nicht zu schaffen!" Zudem vertritt der Politikwissenschaftler den Verband in verschiedenen Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene bei Euritas.

Telefon: 030 2063 156 15
E-Mail: daniel.sieberath@vitako.de

VITAKO FRÜHJAHRSEMPFANG: CYBERSICHERHEIT UND KRISEN-RESILIENZ

Die Gefahr von Cyberattacken wächst weiter. Insbesondere deutsche Verwaltungen und Ämter werden zunehmend zur Zielscheibe. Um die Dringlichkeit von Cybersicherheitsstandards auf kommunaler Ebene hervorzuheben sowie wirkungsvolle Schutzmaßnahmen voranzutreiben, widmet VITAKO seinen Frühjahrsempfang im Juni 2024 diesem Thema. Hochkarätige Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft diskutieren unter anderem zur NIS-2-Umsetzungsrichtlinie und IT-Sicherheit. VITAKO stellt zudem sein neues Positionspapier zu Cybersicherheit auf kommunaler Ebene vor. Wesentliche Forderung: Die kommunale IT muss KRITIS werden und mit gleichen Sicherheitsstandards arbeiten, um Versorgungsengpässe, Störungen der öffentlichen Sicherheit und andere dramatische Folgen bei Ausfällen oder Beeinträchtigungen der Verwaltungs-IT zu vermeiden.

Auf dem Panel beim VITAKO Herbstempfang 2023 diskutierten (v.l.n.r.): Martin Brause (Ministerium für Bildung Rheinland-Pfalz), Sabine Grützmacher (MdB Bündnis 90/Die Grünen), Thomas Jarzombek (MdB CDU/CSU), Dr. Uda Bastians (Deutscher Städtetag), Katrin Giebel (Geschäftsstellenleiterin VITAKO), Thomas Coenen (VITAKO Projektgruppe Bildung) und Dr. Christian Büttner (Bündnis für Bildung).

SAVE THE DATE:
VITAKO FRÜHJAHRSEMPFANG
am 12. Juni 2024
von 18:00 bis ca. 22:00 Uhr
im Haus der Bundespressekonferenz

VERWALTUNG 2030: ERWARTUNGEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Die Zielsetzung ist klar: Bis 2030 muss die kommunale Verwaltung Ende-zu-Ende digitalisierte Leistungen anbieten. Die kommunalen IT-Dienstleister geben in der aktuellen Umfrage an, wie weit die Kommunen auf dem Weg dorthin sind, als wie realistisch die Zielerreichung einzuschätzen ist – und welche Hürden auszuräumen sind.

Stand heute gibt es viel zu tun. So beurteilen zwei Drittel der VITAKO-Mitglieder den aktuellen Stand in Bezug auf die vollständige Digitalisierung als sehr schlecht oder schlecht. Mit Perspektive auf das Jahr 2030 sinkt der Anteil allerdings auf nur noch 10 Prozent während über 60 Prozent davon ausgehen, dass der Digitalisierungsstand bis dahin gut oder sogar sehr gut sein wird.

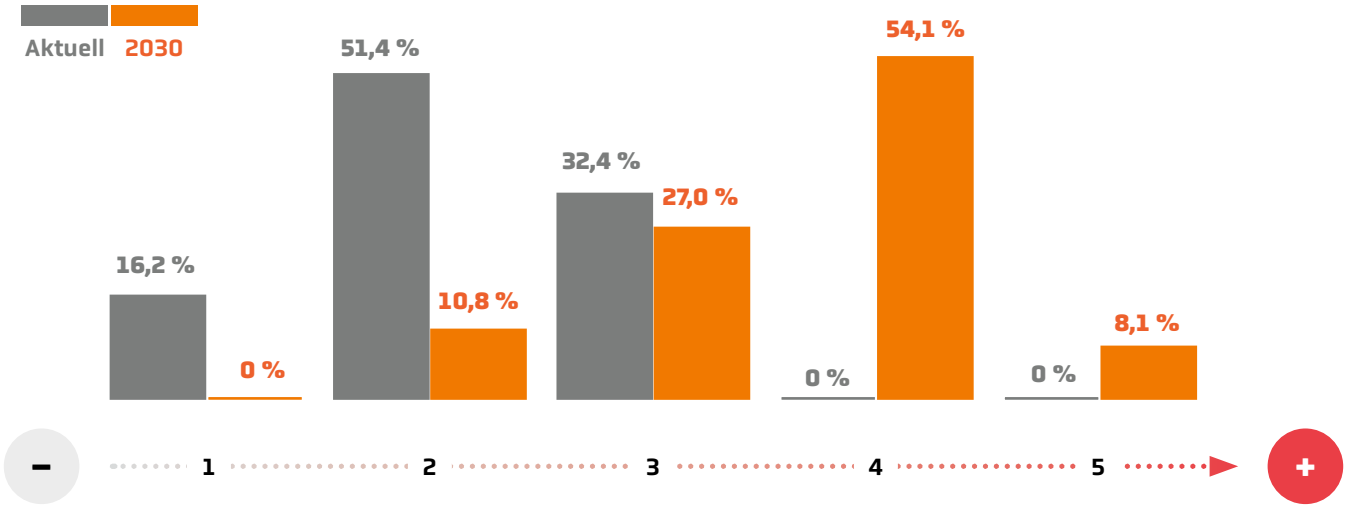
Dafür gilt es, insbesondere zwei Themen voranzutreiben: Jeweils rund 30 Prozent der Befragten verweisen auf die Themen Registermodernisierung und Automatisierung. Gefragt nach den wesentlichen Herausforderungen sticht ein Thema klar hervor: Weit mehr als die Hälfte der IT-Dienstleister sehen es als vordringlich an, den Kommunen Cybersicherheit zu bieten. Umso wichtiger ist es aus Sicht der VITAKO – Stichwort KRITIS – jetzt Strukturen für deutschlandweit einheitliche Sicherheitsstandards zu schaffen.

Gefragt nach strukturellen Problemen sticht ins Auge, dass 70 Prozent der Befragten auf rechtliche Hürden verweisen. Ein klarer Auftrag an den Gesetzgeber: Weniger kleinteilige und komplexe Regelungen sind geboten, um die digitale Verwaltung der Zukunft aufzubauen. Ein Plädoyer, das von der Wirtschaft insgesamt unterstützt werden dürfte.

KURS AUF DIE VOLLSTÄNDIGE DIGITALISIERUNG

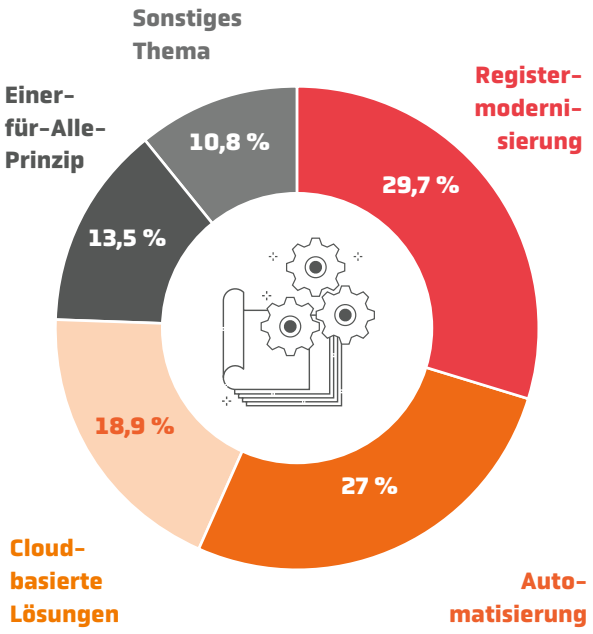
„Wo stehen wir bei der vollständigen Digitalisierung der kommunalen Verwaltung?“

Antwort entsprechend Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut)



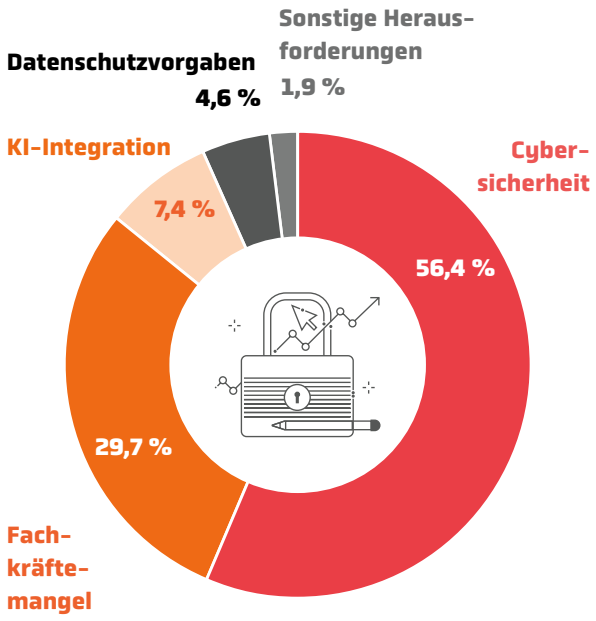
AUFGABEN

„Was ist das Top-Thema, um die Digitalisierung bis 2030 voranzutreiben?“



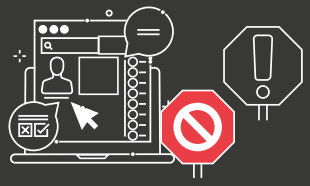
HERAUSFORDERUNGEN

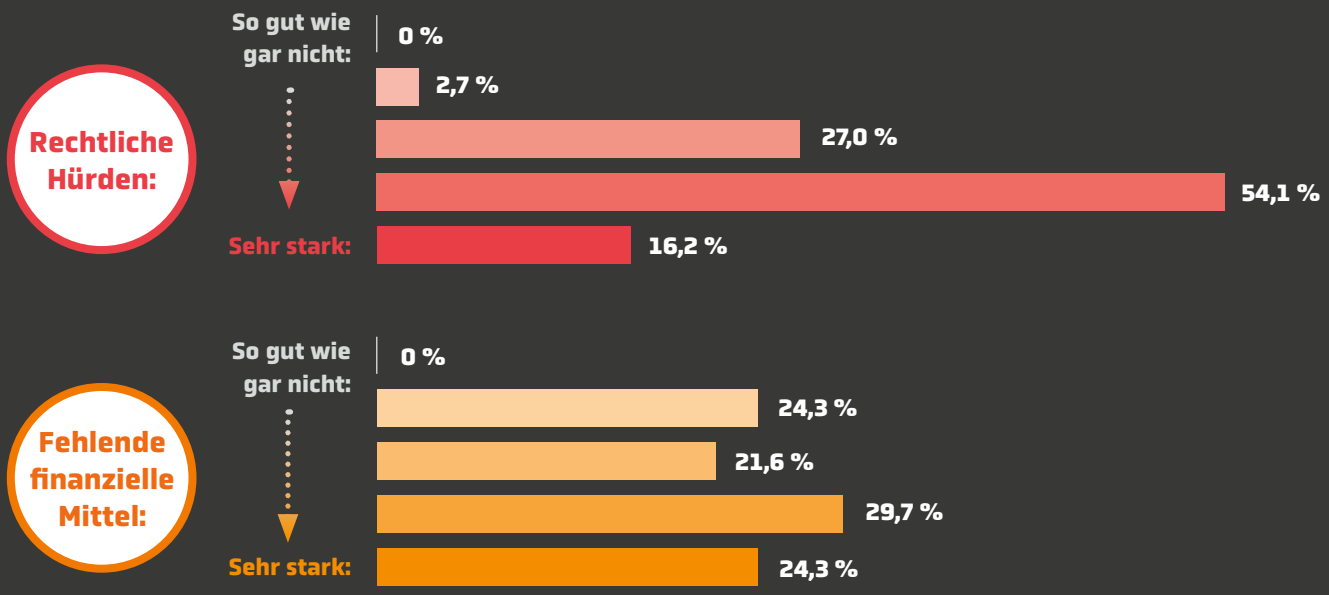
„Was sind die größten Herausforderungen zur Digitalisierung bis 2030?“



STRUKTURELLE PROBLEME

„Wie stark behindern folgende Aspekte die Digitalisierung der Kommunalverwaltungen?“





Die Umfrage wurde vom Marktforschungsunternehmen Hiestermann & Frömchen GmbH durchgeführt. Rundungsbedingt ungleich 100%

Herausgeber:
Bundes-Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen IT-Dienstleister e. V.
Charlottenstr. 65
10117 Berlin
Tel. 030/20 63 15 60
E-Mail: aktuell@vitako.de
www.vitako.de

V. i. S. d. P.: Dr. Rolf Beyer,
Vorstandsvorsitzender von VITAKO

Redaktion, Gestaltung: Köster Kommunikation

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Berichte auch ohne vorherige Absprache zu kürzen. Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder elektronische Verbreitung nur mit Zustimmung des Herausgebers.

Druck: triggermedien, Berlin

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben / Jahr, Auflage: 5.000

Autoren und Mitwirkende dieser Ausgabe:
Jürgen Abelshauser, ProVitako; Maik Außendorf, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Dr. Rolf Beyer, KDO; Philipp Gärtner, govdigital; Katrin Giebel, VITAKO; Daniel Grimm, VITAKO; Alexander Handschuh, DStGB; Lutz Hiestermann, Hiestermann & Frömchen; Prof. Dr. Jeanette Hofmann, HIIG; Norbert Holtkamp, LWL.IT; Thomas Laue, Stadt Heilbronn; Joachim Jäger, LWL.IT; Roland Ledinger, BRZ Österreich; Aboli Lion, VITAKO; Andreas Majer, Komm.ONE; Dr. Markus Richter, BMI; Daniel Sieberath, VITAKO

Bildnachweise:
Titel: Dusko – stock.adobe.com, Krakenimages.com – stock.adobe.com, rawpixel.com/Roungroat – stock.adobe.com, iStock.com/AzmanL, Tetiana – stock.adobe.com, Alexander Beker/shutterstock.com, iStock.com/buradaki; S. 3, 22, 30 dirk hasskarl/fotografie; S. 4, 9 Henning Schacht; S. 5, 17 Porträt Handschuh: Baris Cihan; S. 5, 25 Porträt Außendorf: CC BY-ND 3.0 DE, Grüne im Bundestag, S. Kaminski; S. 5, 27 Franklin – stock.adobe.com; S. 11 Porträt: Thomas Niedermueller; S. 14 Ipai/MVRDV; S. 16 Holger Talinski; S. 20 David Ausserhofer; S. 23 chayanuphol/Shutterstock.com; S. 27 Porträt Ledinger: Klaus Vyhnalek; S. 28 Ole Heinrich; S. 34 iStock.com/Chunyip Wong

Beileger: Titel: Antonioguillem – stock.adobe.com; S. 2-3 AD – stock.adobe.com; S. 5 _Deemerwha studio – stock.adobe.com; S. 7 Drazen – stock.adobe.com; S. 8 Porträt: tristan vankann/fotoetage; S. 8-9 Miha Creative – stock.adobe.com

Hinweis:
VITAKO aktuell erscheint zusätzlich mit drei Regionalausgaben: krz, Lecos, regio iT. Der Vertrieb erfolgt durch das jeweilige VITAKO-Mitglied.

ISSN 2194-1165

Wird innerhalb der Zeitschrift auf fremde Links oder externe Informationsangebote hingewiesen, so macht sich VITAKO diese Inhalte nicht zu eigen und kann für sie keine Haftung übernehmen.

TERMINE

12. – 13. März 2024, Berlin

KONGRESS DIGITALER STAAT

www.digitaler-staat.org

12. Juni 2024, Berlin

VITAKO FRÜHJAHRSEMPFANG

www.vitako.de

DIE NÄCHSTE „VITAKO AKTUELL“ ERSCHEINT IM JUNI 2024.

dataport kommunal

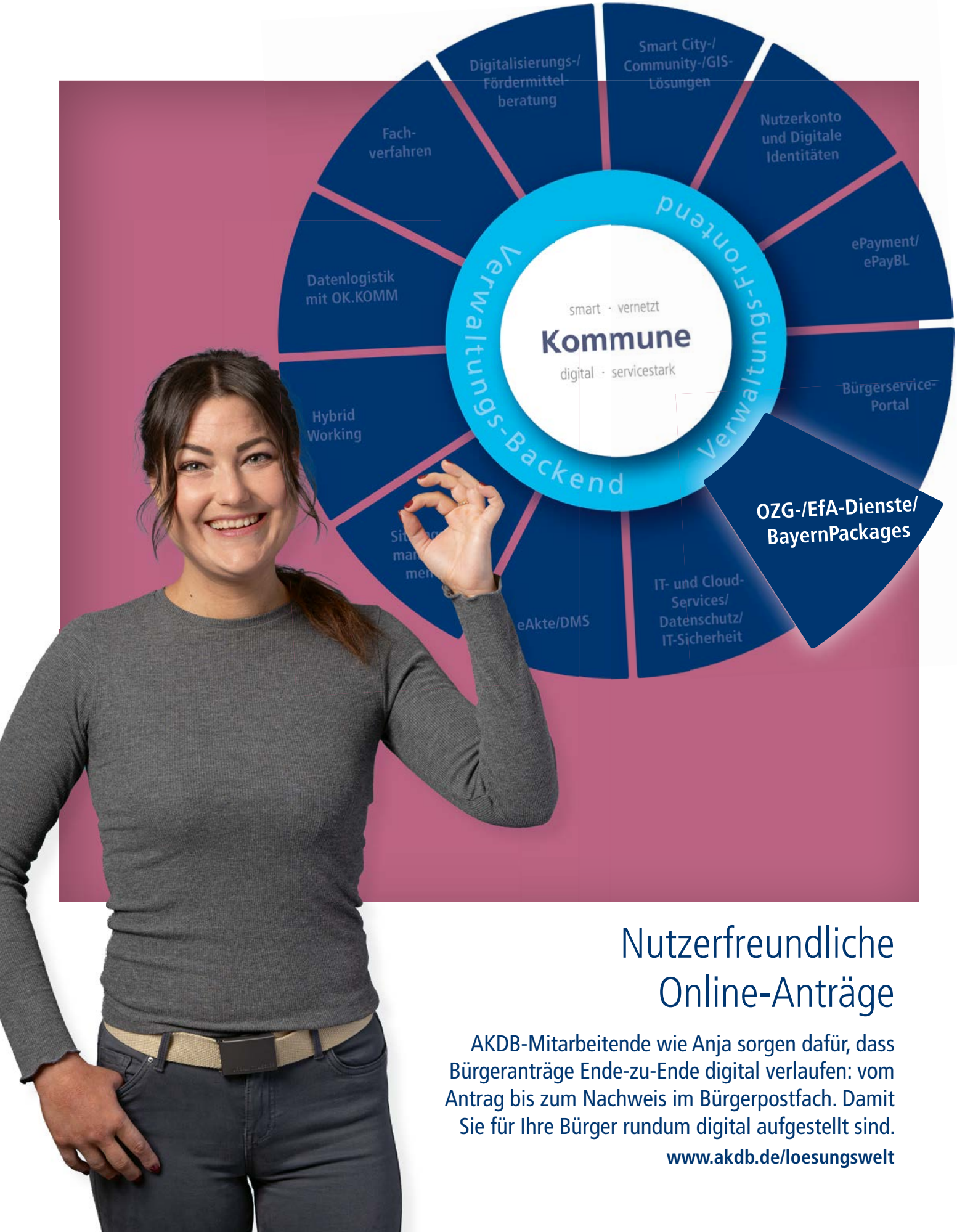
Für sichere, innovative und bürgernahe Kommunen

Wir gestalten die digitale Zukunft vor Ort.

www.dataport-kommunal.de

Rundum digital

AKDB



Nutzerfreundliche Online-Anträge

AKDB-Mitarbeitende wie Anja sorgen dafür, dass Bürgeranträge Ende-zu-Ende digital verlaufen: vom Antrag bis zum Nachweis im Bürgerpostfach. Damit Sie für Ihre Bürger rundum digital aufgestellt sind.

www.akdb.de/loesungswelt